Posener Tageblatt



Bezugspreis: In Posen durch **Boten** monatl. 5.50 zł, in den Ausgabestellen monatl. 5.— zł. In den Ausgabestellen in der **Provinz** monatl. 5.— zł, bei Zustellung durch **Boten** monatl. 5.40 zł. **Postbezug** (Polen u. Danzig) monatl. 5.40 zł. Unter **Streifband** in Polen u. Danzig monatl. 8.— zł, Deutschland u. übriges Ausland 3.— Rmk. Einzelnummer 0.25 zł, mit illustr. Beilage 0.40 zł. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes", Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6[illegible]. Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań. Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postscheck-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland 12 bzw. 50 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. Platzvorschrift u. schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — **Anschrift für Anzeigenaufträge:** „Kosmos" Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. z o. o., Poznań).

71. Jahrgang | **Dienstag, 19. Januar 1932** | **Nr. 14.**

Alles auf einen Blick:

In der Haushaltskommission hat der Innenminister Pieracki sich in einer längeren Rede mit der polnischen Innenpolitik und den ukrainischen Minderheiten auseinandergesetzt.

*

In den russisch-rumänischen Paktverhandlungen sind neue Verzögerungen eingetreten.

*

In den Fragen der mandschurischen Untersuchungskommission des Völkerbundes hat Polen in Genf Protest eingelegt, weil nur die Großmächte in diese Kommission berufen worden sind.

*

Bei Moskau ist vor zwei Wochen ein schweres Eisenbahnunglück geschehen, das erst jetzt bekanntgegeben wird. 65 Tote und 131 Verletzte sind zu beklagen.

*

Die englische Presse diskutiert weiter die Aussichten der Konferenz in Lausanne. Es wird vermutet, daß das Schuldenfeierjahr um ein Jahr verlängert werden soll.

*

Der Brief Adolf Hitlers an Brüning wird heute veröffentlicht.

Sie müssen lesen:

Die Minderheitenpolitik der Regierung. — Englische Blätter über die Aussichten von Lausanne. — Die Antwort von Hitler.

Heute „Sportbeilage"

Polnischer Protest beim Völkerbund

Warschau, 18. Januar. (Eig. Telegr.)

Im Zusammenhang mit der Bildung der Untersuchungskommission für die mandschurischen Fragen, der Delegierte der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Englands und Deutschlands angehören, hat der ständige polnische Delegierte beim Völkerbund im Völkerbundssekretariat eine Note überreicht, in der die polnische Regierung ihrem Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß man nicht auch andere Staaten an der Untersuchungskommissino beteiligt hätte, als nur die Großmächte. Das sei eine Schädigung der internationalen Zusammenarbeit. In der polnischen Note wird ferner hervorgehoben, daß es der polnischen Regierung um die gleiche Behandlung der ständigen und der nichtständigen Ratsmitglieder ginge.

Dieser polnische Protest liegt durchaus in der Linie der Wünsche der polnischen Außenpolitik bezüglich einer Umbildung des Völkerbundsrates. Außenminister Zaleski hat verschiedentlich, zuletzt bei dem Frühstück des Klubs der Auslandspresse in Warschau, erklärt, daß Polen eine Umgestaltung des Völkerbundsrates anstrebe und zwar eine Vergrößerung des Rates auf 15 Mitglieder und eine Aufhebung der Unterschiede zwischen ständigen und nichtständigen Ratsmitgliedern. Es soll außerdem jedem einzelnen Staate, der Mitglied des Völkerbundes ist, die Beteiligung am Völkerbundsrate gesichert werden. In diesem Sinne kommt der polnischen Note wegen der Untersuchungskommission eine gewisse grundsätzliche Bedeutung zu.

Die französische Abrüstungsdelegation

Mit der Ernennung des früheren Ministerpräsidenten Tardieu zum Kriegsminister im neuen Kabinett Laval ist gleichzeitig auch die Frage entschieden worden, wer der Führer der französischen Delegation auf der großen Genfer Abrüstungs-Konferenz sein wird. In einer langen Besprechung, die Ministerpräsident Laval gestern mit Tardieu hatte, ist die Frage behandelt worden, wer den Kriegsminister begleiten soll. Als Hauptdelegierte kommen außer Tardieu in erster Linie der Marineminister Dumont und der Luftfahrtminister Dumesnil in Frage.

Fast wichtiger noch als die beiden Hauptdelegierten sind jedoch die Sachverständigen, die Tardieu [illegible]aten sollen. Ihre Namen bieten eine [illegible]hundertprozentige Garantie dafür, daß die [illegible]zösische Delegation in Genf alles aufbieten wird, um jede wirkliche Aeußerungsbeschränkung zu verhindern. Die beiden ersten Sachverständigen sind niemand anders als Paul-Boncour, der ehemalige Sozialist und bewährte Saboteur der Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission, sowie Oberst Fabry, Vorsitzender der Heereskommission der Kammer und bekannt als einer der einfallsreichsten Erfinder von Märchen über angebliche deutsche Geheimrüstungen.

Rumänien—Rußland

Verzögerung in den Nichtangriffspaktverhandlungen

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters)

Warschau, 18. Januar.

Die in diesen Tagen gemeldete Verzögerung in den Nichtangriffspaktverhandlungen zwischen Rumänien und Sowjetrußland wird von Polen mit besonderer Aufmerksamkeit aus dem Grunde verfolgt, weil der Abschluß der polnischen Verhandlungen von den Verhandlungen der Rumänen mit Sowjetrußland abhängig ist. Die polnischen politischen Kreise teilen im allgemeinen die Ansicht, daß auch eine Garantie für die beßarabische Frage gegeben werden müsse, bevor von einem Abschluß der Verhandlungen gesprochen werden könne. Man glaubt in Warschau nicht, daß der Kompromißvorschlag eines Uebergehens der beßarabischen Frage in einem rumänisch-sowjetrussischen Nichtangriffspakt von Erfolg gekrönt sein könne, da sich Rumänien auf ein derartiges Experiment nicht einlassen würde. Diese polnische Ansicht wird inzwischen durch die Aeußerungen der offiziellen rumänischen Presse bestätigt.

Als eine Intrige gegen Polen und Rumänien betrachtet man die Führung der schnell fortschreitenden Verhandlungen zwischen Lettland und Sowjetrußland, in die Estland eingeschaltet werden soll. In diesem Zusammenhang mißt man der am Sonnabend erfolgten politischen Besprechung zwischen den Außenministern Lettlands und Estlands besondere Bedeutung zu. Die polnischen politischen Kreise glauben, daß es Sowjetrußland daran gelegen sei, mit Lettland, Estland und eventuell auch Litauen einen Nichtangriffspakt abzuschließen, bevor der Abschuß mit Polen und Rumänien erfolgt ist.

Diese Vorgänge werden von der polnischen politischen Presse zwar aufmerksam verfolgt, jedoch enthält man sich noch der Kommentare. Lediglich der **„Kurjer Czerwony"** befaßt sich mit diesen Fragen und stellt fest, daß der Grund für die Verzögerungspolitik Sowjetrußlands in einer neuerlichen Annäherung an Deutschland gewesen sei. Die Erklärung des Reichskanzlers Brüning über die Reparationsfrage hätte keinen Widerspruch von seiten Amerikas, Englands und Italiens erfahren. Hinzu kämen die innerpolitischen Schwierigkeiten Lavals, und so wäre in Europa eine neue Lage geschaffen. Es läge wieder ein größeres Chaos in der Luft, und deshalb hätte für Sowjetrußland das neuerliche Spiel mit Deutschland gewisse Chancen. Die polnische öffentliche Meinung könnte mit voller Ruhe auf dieses neue Spiel blicken. Obwohl Polen eine Pazifizierung Osteuropas sehr am Herzen liege, müßte es doch abwarten. Hinter der beßarabischen Frage verstecke sich ein Versuch, auf die deutschen Karten zu setzen. Der „Kurjer Czerwony" fürchtet aber, daß in französischen und polnischen Kreisen der letzte Glaube an die Unabhängigkeit der sowjetrussischen Diplomatie von der deutschen Politik zerspränge. Die deutsche Politik hätte nach dem Kriege ständig mit falschen Karten gespielt. Den evtl. früheren Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Lettland nennt das Blatt einen billigen Machiavellismus und eine Böswilligkeit.

Englische Blätter über die Aussichten der Lausanner Konferenz

London, 18. Januar. Die heutigen Morgenblätter betrachten es ebenso wie die Sonntagsblätter als ausgemacht, daß die Lausanner Konferenz lediglich das Deutschland gewährte Moratorium um einige Monate verlängern und sich dann um etwa sechs Monate vertagen werde.

„Times" erklären, daß nach britischer Auffassung die Frage einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums gegenwärtig nicht akut sei, da die nächsten britischen Zahlungen an Amerika erst am 15. Dezember fällig werden.

Der diplomatische Korrespondent des **„Daily Telegraph"** führt aus: Selbst wenn Frankreich an der Konferenz teilnehmen sollte, werde es dies widerwillig und mißtrauisch tun. Die französische Regierung würde ihre Anwesenheit davon abhängig machen, daß kein Versuch unternommen werde, etwas anderes als die allerprovisorischsten Beschlüsse zu fassen. Der wahre Grund dafür sei, daß Frankreich unter allen Umständen auf der Weiterzahlung der ungeschützten Annuitäten nach verhältnismäßig kurzer Zeit, etwa nach zwei Jahren, bestehen werde und einer Verminderung der geschützten Annuitäten nur insofern zustimmen wolle, als Amerika ein entsprechendes Zugeständnis mache. Angesichts der Haltung des Kongresses könne aber gegenwärtig die Frage Amerika gegenüber offiziell nicht vorgebracht werden.

Der Berichterstatter fügt hinzu, die britische Regierung werde vielleicht darauf dringen, das Moratorium für Deutschland nicht um sechs Monate, sondern um ein Jahr zu verlängern. Auf diese Weise würde eine neue Reparationsvereinbarung bis zum Zusammentritt des neuen amerikanischen Kongresses im März 1933 aufgeschoben werden.

„Morningpost" erklärt in einem Leitartikel eine Lösung der Reparationsfrage ohne Amerika für unmöglich. Die Lausanner Konferenz, die den europäischen Teil des verwickelten Schuldenproblems lösen wolle, könne zu keiner Lösung auf rein europäischer Grundlage kommen.

Der politische Korrespondent des **„Daily Herald"** erfährt, daß Mussolini an der Lausanner Konferenz teilnehmen werde, falls Macdonald auch zugegen wäre. Mussolini betrachte die Reparationskonferenz als wichtiger für die Zukunft der Welt als die Abrüstungskonferenz, weil erst ein erfolgreicher Abschluß jener die Lösung des Abrüstungsproblems ermöglichen würde. Diese Ansicht werde auch von Macdonald geteilt.

„Echo de Paris" gegen eine Vertagung der Lausanner Konferenz

Paris, 18. Januar. **„Echo de Paris"** wendet sich heute nochmals gegen die Anregung, die Reparationskonferenz zu vertagen, und schreibt, wenn man nicht nach Lausanne gehe, lasse man die Zeit gegen Frankreich arbeiten. Das Hoover-Moratorium mit all den Schutzklauseln, die Frankreich mühselig hineingebracht habe, werde dann verschwinden, d. h. die Reparationszahlungen würden erledigt sein. Dem Einwand, daß man in Lausanne nicht den Hauptgläubiger und den Schuldner aufeinanderprallen lassen dürfe, weil damit auch die Gläubiger unter sich aneinandergeraten können, sei entgegenzuhalten, daß Frankreich in Lausanne Gelegenheit finden werde, seinen Willen, die Reparationen beizubehalten, zum Ausdruck zu bringen. Wenn der deutsche Schuldner und die Gläubiger, die ihn etwa unterstützen sollten, spüren würden, daß Frankreich Schluß zu machen drohe, würden sie sich dies angesichts der sich daraus für Europa ergebenden Folgen vielleicht zweimal überlegen. Gewiß sei derartiges nicht erfreulich und nicht gefahrlos, da aber Frankreich nur der rechtmäßige Vertrag vom 16. Januar 1930 übrig bleibe, müsse es entweder zu derartigen Druckmitteln greifen oder alles fallen lassen.

Keine Ueberreichung eines deutschen Memorandums in Paris

Paris, 18. Januar. In einer Meldung aus Berlin wird behauptet, Botschafter von Hoesch habe bei seiner Unterredung am Sonnabend Laval ein Memorandum überreicht, in dem die finanzielle Rechtfertigung der Erklärungen des Reichskanzlers an den britischen und französischen Botschafter enthalten gewesen sei. Demgegenüber wird festgestellt, daß ein derartiges Memorandum nicht überreicht wurde und daß es deshalb überflüssig ist, wenn einige französische Blätter gewisse Kombinationen daran knüpfen.

London, 18. Januar. Mussolini trat in einem vom „Sunday Dispatch" veröffentlichten Artikel für einen Abbau der Zolltarifmauern bei allen Nationen ein.

*

Frankfurt a. O., 18. Januar. Der Führer der Deutschen Volkspartei brachte in einer Rede seine Zustimmung zum Standpunkt des Kanzlers zum Ausdruck, daß Deutschland unmöglich weiter Reparationen zahlen könne.

Nordischer Wirtschaftsblock?

Die englisch-skandinavischen Verhandlungen

In diesen Tagen haben in Kopenhagen Besprechungen der drei Außenminister von Dänemark, Schweden und Norwegen begonnen, die sich auf die Gesamtheit der im verflossenen Jahr in voller Schärfe zutage getretenen währungs- und handelspolitischen Probleme Skandinaviens beziehen. Das Ergebnis der Beratungen kann als relativ belanglos angesehen werden; wichtig dagegen ist die allgemein verbreitete Auffassung, daß diese skandinavischen Besprechungen lediglich als Vorspiel zu weiteren Verhandlungen zwischen Skandinavien und England anzusehen sind.

Damit wird die Währungsentwicklung, die in England vor reichlich einem Vierteljahr begonnen hat, zu einem höchst gewichtigen, vielleicht für einige Jahre entscheidenden Faktor eines erheblichen Teils der europäischen Handelsbeziehungen. Bestand schon von jeher — auch nach Auflösung der skandinavischen Münzunion zu Anfang des Jahrhunderts — ständig eine ziemlich enge Gemeinschaft zwischen den skandinavischen Währungen und damit auch zwischen den handelspolitischen Tendenzen der drei Staaten, so ist einerseits diese währungspolitische Schicksalsverbundenheit im verflossenen Vierteljahr noch viel stärker geworden, andererseits die Gesamtheit der skandinavischen Währungen auf Gedeih und Verderb der englischen Währung gekuppelt, und so ist es an sich nur eine Selbstverständlichkeit, daß den jetzt stattgefundenen Besprechungen der skandinavischen Außenminister weitere Verhandlungen zwischen ihnen und den Vertretern Englands folgen. Ort und Datum dieser Verhandlungen sind zwar noch nicht festgelegt, doch wird sich bei den kommenden großen internationalen Konferenzen reichlich Zeit und Gelegenheit ergeben, um derartige Verhandlungen zu führen.

Entscheidend wird bei diesen Verhandlungen sein, wie die an ihnen beteiligten Staaten aus dem handelspolitischen Dilemma herauskommen wollen, das der englische Währungsabsturz mit seinen Folgen für den europäischen Handel, ja für den Welthandel gehabt hat. Es ist möglich, daß den englisch-skandinavischen Besprechungen noch eine Fühlungnahme der Außenminister jener Staaten vorangehen wird, die im verflossenen Jahre das Osloer Wirtschaftsabkommen abgeschlossen haben, also der drei skandinavischen Länder, Hollands, Belgiens und der Schweiz. Für die letztgenannten drei Länder liegen die Dinge zwar anders, weil hier keine Währungsabwertung eingetreten ist, allein der handelspolitische Effekt der Verhandlungen dürfte — so weit ihre Tendenz bislang sichtbar geworden ist — durch die Teilnahme dieser drei Staaten nur verstärkt werden.

Der Sinn der Verhandlungen, die bisher gepflogen wurden, ist der jener Politik des „Rette sich, wer kann!", die in dem kürzlich erschienenen Jahresbericht der Deutschen Reichskreditgesellschaft so entschieden verurteilt und als das Haupthindernis für den organischen Wiederaufbau der europäischen und der Weltwirtschaft bezeichnet wurde. Nachdem die Handelsverträge alter Art sich den neu entstandenen Verhältnissen gegenüber als gänzlich unzulänglich erwiesen haben, hat man zu der Methode der Kontingentierung seine Zuflucht genommen. Dieses System der Kontingen-

tierung des Warenaustausches eben scheint der Kernpunkt der skandinavischen Besprechungen gewesen zu sein und der bevorstehenden Verhandlungen sein zu sollen.

Hiergegen gilt es rechtzeitig und mit aller Deutlichkeit Stellung zu nehmen. Unzweifelhaft bedeutet in Einzelfällen dieses System eine Erleichterung für bestimmte Wirtschaftszweige einzelner Länder. Die Vorteile dieser Erleichterungen aber wiegen bei weitem nicht die Nachteile auf, die daraus für die Wiederherstellung des normalen internationalen Waren-Austausches resultieren. Faßt man nun gar noch ins Auge, daß man sich zu dem Versuch solcher Not- und Verlegenheitslösungen zu einem Zeitpunkt entschließt, wo die Welt sich zu einer der stärksten Anstrengungen für die Befreiung von dem wirtschaftlichen Widersinn der finanziellen Kriegsfolgen aufrafft, so bedarf es keiner weiteren Erläuterungen, wie kurzsichtig und letzten Endes unklug auch im Sinne der Interessen desjenigen Landes, das vorübergehend Vorteile aus diesem System verbuchen kann, die Politik ist, die hier eingeschlagen werden soll.

Diese Schlußfolgerung ergibt sich zwingend schon aus rein theoretischen wirtschaftspolitischen Ueberlegungen, allein es ist vielleicht ganz gut, darauf hinweisen zu können, daß schon im Anfang der Verhandlungen der wirtschaftliche Widersinn des Versuchs einer schematischen Regelung des Waren-Austausches sich an konkretem Beispiel deutlich erweist. Norwegische Blätterstimmen betonen nämlich schon jetzt, daß bei den etwaigen weiteren Verhandlungen mit England Norwegen eine Sonderstellung Schweden, insbesondere aber Dänemark gegenüber beanspruchen müsse. Die gleichen Ansprüche werden von den anderen Verhandlungspartnern erhoben werden. Zufriedengestellt wird schließlich niemand sein, weil das System der Kontingentierung sich mit dem System des internationalen freien Warenaustausches, der unter allen Umständen das Ziel bleiben muß, nun einmal nicht vereinigen läßt.

Schweres Eisenbahnunglück bei Moskau

65 Tote, 131 Verletzte

Am Montag beginnt vor dem Moskauer Obergericht ein Prozeß gegen den Stationsvorsteher der Moskauer Vorortstation Koskino und zehn Maschinisten und Zugführer von drei Eisenbahnzügen, deren leichtfertiges Verhalten eine schwere Eisenbahnkatastrophe verschuldete.

Ueber die Katastrophe, die vor zwei Wochen dicht bei Moskau geschah, wurden bisher, der Gepflogenheit der Sowjets entsprechend, keinerlei Mitteilungen ausgegeben. Die Katastrophe hat, wie erst jetzt aus der amtlichen Verlautbarung bekannt wird, 65 Tote und 131 Verletzte gefordert.

Ueber die Katastrophe wird folgende amtliche Darstellung gegeben: Ein aus Moskau kommender Personenzug mußte nach kurzer Fahrt halten, da sich ein Selbstmörder vor die Maschine geworfen hatte. Das Zugpersonal suchte den Leichnam, traf aber keinerlei Maßnahmen, um die Strecke zu sperren. Der nachfolgende Vorortzug aus Moskau fuhr mit voller Geschwindigkeit auf den haltenden Personenzug auf und zertrümmerte seine letzten Wagen. Auch jetzt wurde die Strecke weder von dem Zugpersonal noch von dem Stationsbeamten in Koskino, der das Krachen des Zusammenstoßes hören konnte, gesperrt, so daß in die Trümmer auch noch eine Reservemaschine hineinfuhr. Ein Güterzug wurde unmittelbar an der Unglücksstelle vom Lokomotivführer zum Stehen gebracht, nachdem er durch die Schreie der Verletzten aufmerksam gemacht worden war.

Schweres Eisenbahnunglück

Paris, 18. Januar. **Gestern abend nach 7 Uhr entgleiste bei Saint Just-en-Chaussée ein Personenzug, wobei zehn Personen ums Leben gekommen sind und zwanzig verletzt wurden.**

*

Paris, 18. Januar. **Das Eisenbahnunglück bei Saint Just, bei dem zehn Personen ums Leben kamen, während nach den letzten Meldungen zwanzig verletzt wurden, ist wahrscheinlich auf einen Achsenbruch eines Wagens zurückzuführen. Das Unglück ereignete sich kurz vor dem Bahnhof der kleinen Station Saint Just. Trotz des Achsenbruches fuhr der Zug, wenn auch mit verminderter Schnelligkeit, bis zur ersten Weiche, wo die Katastrophe erfolgte. Die hinter dem beschädigten laufenden vier Wagen sprangen aus dem Gleise. Zwei Wagen 2. Klasse gingen in Trümmer. Dicht an der Unfallstelle stand ein Weichenstellerhaus, das vollkommen eingedrückt wurde. Drei Weichensteller, die sich im Augenblick der Katastrophe im Innern des Häuschens befanden, sind schwer verletzt worden.**

*

Köln, 18. Januar. In Radertal erschoß ein 50jähriger Schreiner seinen schlafenden 23jährigen Sohn. Der Vater, der mit ihm mehrmals Auseinandersetzungen hatte, stellte sich der Polizei.

Die Minderheitenpolitik der Regierung

Exposé des Innenministers Pieracki über die polnische Innenpolitik

(Eigenes Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 18. Januar.

In der Haushaltskommission des Sejm wurde am Sonnabend das Budget des Innenministeriums beraten. Bei dieser Gelegenheit ergriff Innenminister Pieracki das Wort zu einer erschöpfenden Rede über alle Gebiete der polnischen Innenpolitik. Ueber die

Minderheitenpolitik der polnischen Regierung

besonders der Politik den Ukrainern gegenüber, äußerte sich der Innenminister in großen Zügen wie folgt:

Die bei einigen Minderheitengruppen hervortretende Tendenz, aus der Tatsache ihrer völkischen Verschiedenheit Forderungen auf Vorrechte aufzustellen, ist ebenso verkehrt, wie die Neigung einiger Zweige der polnischen Volksgemeinschaft, aus dieser Verschiedenheit Schlußfolgerungen auf die Notwendigkeit einer Differenzierung der Staatsbürger in zwei Klassen zu ziehen. Die Staatsraison moderner Staaten kann derartige Tendenzen nicht unterstützen und nicht zur Durchführung bringen. Die Nachmairegierungen kommen deshalb den wirtschaftlichen und kulturellen Forderungen der Minderheiten im Maße ihrer Berechtigung unter einer Bedingung entgegen: Innehaltung der staatsbürgerlichen Loyalität durch diese Minderheiten. Wenn jemand dieser Behauptung die Entschiedenheit des Innenministeriums gegenüber gewissen Erscheinungen eines Bruchs dieser Forderung und einer Verletzung der öffentlichen Sicherheit entgegenhält, so wird er aber auch anerkennen müssen, daß die Regierung die gleiche Entschiedenheit zeigt, wenn es sich um den Schutz der einer Minderheit angehörenden Staatsbürger handelt. (Wir denken bei diesen Worten an Oberschlesien und an das, was der Völkerbundsrat festgestellt hat. Der Herr Wojewode Grażyński, als hoher Regierungsbeamter, steht heute noch an der Spitze des Aufständischenverbandes. D. Red.)

Der Innenminister ging dann näher auf die

Verhältnisse in Ostgalizien

ein und dementierte alle Gerüchte, die in der letzten Zeit über eine endliche Erfüllung der dem Pariser Botschafterrat gegenüber im Jahre 1923 übernommenen Verpflichtungen der polnischen Regierung bezüglich einer weitgehenden Autonomiegewährung an die Ukrainer laut geworden waren, durch folgende Feststellung: **„Im Namen der ganzen Regierung stelle ich fest, daß weder in Wirklichkeit, noch in der inneren Ueberzeugung der Regierung die Absichten des Staates gegenüber den drei Wojewodschaften, die man allgemein als Ostgalizien bezeichnet, andere sind, als gegenüber dem ganzen Staatsgebiet und seinen einzelnen Bezirken.“** Diese Absichten seien Garantie der persönlichen wie der staatlichen Sicherheit und eine Politik, die die Bevölkerung zur Unterstützung der Regierung bewegen soll. Die Entwicklung in Ostgalizien hätte allerdings dazu geführt, daß Gewalt und Verbrechen mit politischer Tätigkeit identifiziert wurden und über dem Haupte der polnischen Gruppe der Bevölkerung dieses Gebietes schweben. **„Wenn Ueberredungen hier nichts helfen, so wird sich die Regierung einer Zwangslage gegenübergestellt sehen.“** Mit dem Ausdruck des Bedauerns stellt der Innenminister fest, daß die bedeutende Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung, die zu einer nüchternen Erwägung ihrer Interessen fähig ist, sich bisher nicht kühn genug dem „Wahnsinn der ukrainischen Militärorganisation und ihrer Hintermänner“ entgegengestellt hätte, die sehr stark den Prozeß einer Normalisierung der Verhältnisse in Ostgalizien stören.

Die Entwicklung des Ukrainertums in Ostgalizien macht — wie Innenminister Pieracki weiter ausführte — sehr starke Fortschritte. Die Zahl der in dem Revisionsverband der ukrainischen Genossenschaften organisierten Genossenschaften belief sich im Jahre 1912 auf 557, 1921 auf 578, 1925 auf 1028, 1929 auf 2785 und 1930 auf 3147. Dazu kommen noch 755 nicht organisierte Genossenschaften hinzu, Ende 1930 gab es insgesamt also 3902 ukrainische Genossenschaften in Ostgalizien. Es müsse aber festgestellt werden, daß der zahlenmäßige Ausbau der Genossenschaften nicht nur durch wirtschaftliche Erfordernisse der ukrainischen Bevölkerung bedingt wurde, sondern in gewisser Beziehung der Ausfluß politischer Tendenzen war. Auf diese Weise hätte auch auf dem Gebiete wirtschaftlicher Tätigkeit die nationalistische Politik viel Schaden angerichtet, indem sie auch die in den Genossenschaften organisierte Bevölkerung belastete, die ukrainischen Verbände landwirtschaftlicher Produktion und die ukrainischen Genossenschaften müssen ihr Verhältnis zu den staatlichen Faktoren einer Revision unterziehen. Vor allem müssen sie die Forderungen aus dem Grundsatz ziehen, daß der Staat, wenn er den wirtschaftlichen Organisationen geldliche Hilfe erteilen soll, die Möglichkeit einer Kontrolle über den eigentlichen Verbrauch der geliehenen Summen haben muß. **Es sei ferner selbstverständlich, daß Steuererleichterungen nur an diejenigen Organisationen gewährt werden könnten, die mit den staatlichen Faktoren zusammenarbeiten werden.**

Nach dieser Ankündigung des Innenministers, daß der ukrainischen Bevölkerung in ihrer schweren gegenwärtigen Notlage nur dann geholfen werden wird, wenn sie von ihrer bisherigen Politik der Betonung der nationalen Eigenart abgeht und sich vorbehaltlos hinter die polnische Regierung stellt, gab der Minister zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß die Neuordnung des Selbstverwaltungswesens zu einer baldigen Verständigung zwischen den polnischen und den ukrainischen Elementen in Ostgalizien führen werde.

Die Ansichten der Ukrainer

In der Aussprache über das Exposé des Innenministers ergriffen auch zwei Vertreter der Ukrainer das Wort. Der Abgeordnete Matczak vom Ukrainischen Klub führte aus, daß der undefinierte Begriff der Loyalität als Verhandlungsgrundlage für die Ukrainer unannehmbar sei, da über alles in erster Linie das Recht entscheiden müsse. Die Rede des Innenministers hätte die unklaren Gerüchte über einen neuen Kurs gegenüber der ukrainischen Bevölkerung aufgeklärt. **Die Ukrainer hätten es hier mit einem genau ausgearbeiteten politischen Spiel zu tun, das für das Ausland berechnet sei.** Der Redner gibt ferner seiner Verwunderung über die scharfen Akzente in der Rede des Ministers Ausdruck, was besonders im gegenwärtigen Augenblick unverständlich sei, wo die Vertretung der Ukrainer mit dem Lemberger Wojewoden Rozniecki verhandeln. Am Schluß seiner Ausführungen erklärte der Abgeordnete Matczak, daß **die Ukrainer die Worte des Innenministers für eine theoretische Erklärung halten, der in der Praxis keine besondere Bedeutung zukomme.**

Auch der Abgeordnete Baran vom Ukrainischen Klub führte in anderthalbstündiger Rede zahlreiche Gegenargumente gegen die Ausführungen des Innenministers an. Er versuchte nachzuweisen, daß keineswegs die Rechte gleich verteilt wären und daß man unter Loyalität der Minderheiten eine völlige Aufgabe der heiligsten Rechte eines jeden Volkstums, das heißt einer Aufgabe der Pflege der nationalen Kultur verstehe. Dazu aber würde man die Ukrainer niemals bringen. Der Redner weist ferner nach, daß die Entwicklung des ukrainischen Genossenschaftswesens eine hervorragende Aeußerung des nationalen Lebenswillens der Ukrainer sei. Diese Entwicklung hätte sich vollzogen, obwohl von den Behörden wie von den privaten Kreisen der polnischen Bevölkerung Ostgaliziens den Ukrainern dabei die allergrößten Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden. Die Vorgänge der letzten Jahre hätten die ukrainische Bevölkerung von Ostgalizien zu einer solchen Einstellung gezwungen, daß sie gegenwärtig kein geeignetes Material für die psychologischen Experimente des Ministers sei. Erst müßten die Grundlagen für solche Tendenzen geschaffen werden, auf denen sich ein harmonisches Zusammenleben der beiden Bevölkerungsteile Ostgaliziens aufbauen könnte.

Wie die Nationaldemokraten denken

Der nationaldemokratische Abgeordnete Wierczak stellte in der Aussprache fest, daß der Minister in der Aufstellung seines Programms gegenüber den Ukrainern vom polnischen Standpunkt aus durchaus gemäßigt gewesen sei, so daß der ukrainische Abgeordnete Baran von ihm eine Präzisierung seines Standpunktes fordern mußte. Der ehemalige Lemberger Wojewode Dunin-Borkowski hätte in dieser Angelegenheit bereits Stellung genommen und festgestellt, daß zu der Verständigung mit den Ukrainern alle Elemente der polnischen Volksgemeinschaft hinzugezogen werden müßten. Es sei festzustellen, daß die Regierungspartei keinerlei Programm gegenüber den Ukrainern habe, sondern sich in einer Zickzacklinie bewege. Einmal singe sie: „Friede euch, Ihr Brüder!“, das anderemal versetze sie Kopfschläge, und jetzt singe sie wieder: „Friede euch, Ihr Brüder!“ Wenn die Nationaldemokraten gegen die ukrainische Sabotage aufgetreten wären, so hätten sie das in jedem Falle in Uebereinstimmung mit dem Recht getan. (Die frühere nationaldemokratische Regierungspraxis läßt starke Zweifel an der Wahrheit dieser Behauptung aufkommen. D. Red.)

Innenpolitische Sorgen

Seine Ausführungen über die Fragen der Innenpolitik begann Innenminister Pieracki mit dem Hinweis auf die starke Beschneidung des Budgets des Innenministeriums, das von 250 Millionen auf 213 Millionen reduziert wurde. Zu dieser Reduzierung hätte leider stark die Kritik vieler Abgeordneter an dem in vielen Fällen notwendigen energischen Auftreten der Verwaltungsbehörden mit beigetragen. Die Verwaltungseinteilung des Staates sei aus dem Grunde gegenwärtig unpraktisch, weil sie sich noch an die von den Teilungsmächten festgesetzten Verwaltungsgrenzen halte. Es seien verschiedene Entwürfe zu einer Verbesserung der Verwaltungsgrenzen vorgebracht worden, die Regierung hat dazu jedoch noch nicht Stellung genommen und sich bisher mit der Kassierung von 20 Landkreisen begnügt, durch die die unbedingt notwendige finanzielle Selbständigkeit der einzelnen Kreise hergestellt werden soll. Der Innenminister sprach dann weiter von der Vereinheitlichung der Verwaltungsvorschriften dem Versammlungsrecht, dem Gesetz über das Meldewesen sowie den Tierschutz. Weit vorgeschritten seien bereits die Arbeiten an dem Versammlungsrecht, dem Gesetz über Schaustellungen, über Geschäftsstunden, öffentliche Sammlungen, Waffen und Munitionsbesitz, sowie das Gesetz über Kinotheater.

Ein besonders schwieriges Problem sei

die Sorge um die öffentliche Sicherheit

Die geographische Lage Polens bedinge es, daß aus Staaten mit anderer sozialer Struktur gewisse Einflüsse herüberdringen. Die Aufgabe der Behörden sei es daher, besonders diese Versuche zu unterdrücken. Das Verbrecherwesen hätte leider recht bedeutend zugenommen, und die entsprechenden Zahlen ergeben folgendes Bild (Zahlen für 1925 und 1930): Diebstähle 207 000—306 000, Betrügereien 15 000—29 000, Unterschlagungen 3000—4300, Veruntreuungen 6000—13 000, Brandstiftungen 2000 bis 3900, Banditentum 390—160. Die Zahlen für das Jahr 1931 weisen ein weiteres Anwachsen des Verbrechertums auf. An Sabotageakten sind in Ostgalizien im Jahre 1931 zu verzeichnen gewesen: Vernichtung von Privateigentum solcher Leute, die unter den Ukrainern als Volksverräter galten, 15, Vernichtung von Staatseigentum 5, Terrorakte gegen Privatpersonen und Polizeikonfidenten 9, Terrorakte gegen staatliche Aemter, Selbstverwaltungs- und Privatämter sowie Raubüberfälle 7, bewaffneter Widerstand 1, angebliche Sabotage 1, Sabotage in Wolhynien 6, andere Sabotage in Ostgalizien 3, sonstige Sabotage auf dem ganzen Gebiet der Republik, von Kommunisten und litauischen Organisationen verübt, 13, Sabotagefälle insgesamt 60. Auch die Eisenbahnsabotage ist im Jahre 1931 gegenüber dem Jahre 1930 um das Doppelte gestiegen, in den Westwojewodschaften waren in der Wojewodschaft Schlesien 1, in der Wojewodschaft Posen 2 und in der Wojewodschaft Pommerellen ein solcher Fall zu verzeichnen, in ganz Polen insgesamt 65 Eisenbahn-Sabotagefälle. Die Zahl der im ganzen Lande festgenommenen Kommunisten belief sich 1927 auf 5143 Personen, 1928 auf 6390, 1929 auf 6065, 1930 auf 7786 und in den ersten drei Vierteljahren des Jahres 1931 bereits auf 8502 Personen.

Die Tätigkeit der Polizei würde — so führte Innenminister Pieracki aus — immer besonders stark kritisiert. Von den 213 Millionen des Budgets des Innenministeriums entfallen 113 Millionen auf die Polizei. Die Polizei habe einen sehr schweren Stand, da es verhältnismäßig wenig Polizisten gäbe und auf 1056 Bewohner nur ein Polizist entfalle. Für das Grenzschutzkorps seien 45 Millionen Złoty vorgesehen. Die polnischen Staatsgrenzen belaufen sich auf eine Länge von 5534 Kilometern, wovon allein 1412 Kilometer auf die Grenze mit Sowjetrußland entfallen. Das System des Grenzschutzes hätte sich bewährt.

Bei Besprechung des

territorialen Selbstverwaltungswesens

trat Innenminister Pieracki dem Vorwurf entgegen, daß die Regierung in übermäßig vielen Fällen die Selbstverwaltungskörperschaften aufgelöst und mit der Führung der Geschäfte einen Regierungskommissar beauftragt hätte. Bei einer Gesamtzahl von 648 Städten gäbe es gegenwärtig 34 durch Regierungskommissare geleitete Stadtverwaltungen, während es im Jahre 1927 noch 175 waren. Das Innenministerium wolle eine größere Sparsamkeit in den Budgets der Kommunalverbände erreichen und ihren Umfang der Zahlungsfähigkeit der Bevölkerung anpassen. Es sei auch bereits eine gewisse Verkleinerung der Budgets gelungen. In dem Haushaltsjahr 1928/29 belief sich das Budget der Kommunalverbände noch auf 806 Millionen Złoty, für das Jahr 1929/30 wurden nur noch 796 Millionen vorveranschlagt, in Wirklichkeit aber noch weniger ausgegeben, der Voranschlag für 1930/31 lautete auf 733 Millionen Złoty und der für 1932/33 wird auf nur 600 Millionen Złoty lauten. In den letzten Jahren hat man sich auch den Abbau des Beamtensystems in den staatlichen Wojewodschafts- und Kreisämtern sehr angelegen sein lassen. Die Zahl der Beamten in den Wojewodschafts- und Kreisverwaltungen belief sich vor einigen Jahren noch auf 10 141 Beamte und 2354 Unterbeamte, für das Jahr 1932/33 werden im Haushalt nur noch 4776 Beamte und 834 Unterbeamte vorgesehen, so daß die Reduktion insgesamt 7305 Personen oder 55 Prozent der Beamtenschaft der Wojewodschafts- und Kreisverwaltungen umfassen wird. Der Minister kündigte an, daß die Gesetzesprojekte über die Selbstverwaltungen in nächster Zeit dem Sejm vorgelegt werden sollen.

Sehr eingehend beschäftigte sich Innenminister Pieracki mit dem vielfach erhobenen Vorwurf, daß

die Verwaltungsbehörden im Dienste einer Partei

stehen. Dieser Vorwurf werde insofern zu Unrecht erhoben, als die Verwaltungsorgane sich auf alle Elemente stützen, welche in weitestem Maße mit ihnen zusammenarbeiten. Die gegenwärtige Verteilung der politischen Kräfte habe allerdings im Gefolge, **daß die überwiegende Zahl dieser ständigen Berührungspunkte der Verwaltung mit den einzelnen Parteien auf die größte und stärkste aller politischen Gruppierungen entfallen muß, die es verstanden hat, die Mehrheit der Volksgemeinschaft auf sich zu vereinen.** (Die absolute Mehrheit der bei den letzten Sejmwahlen abgegebenen Stimmen entfiel bekanntlich zusammengenommen auf die Oppositionsparteien. D. Red.) Es sei natürlich — so führte der Minister weiter aus —, daß diejenigen Parteien, die leicht die legale Grenze im Kampfe gegen die Regierung überschreiten, an der Grenze dieser Legalität auf den notwendigen und aufmerksamen Widerstand der Verwaltungsbehörden stoßen müssen. Der Block zur Zusammenarbeit mit der Regierung biete derartige Streitpunkte nicht.

Zum Schluß seiner Ausführungen bat der Minister um Annahme des Budgets.

Die Aussprache

In der Aussprache über das Budget des Innenministeriums ergriff eine Reihe von Abgeordneten das Wort und kritisierte besonders scharf das Verhalten der Verwaltungsbehörden. Der

Posener Tageblatt

Aus Stadt und Land

Nr. 14 Dienstag, den 19. Januar 1932

Posener Kalender

Montag, den 18. Januar

Sonnenaufgang 8.02, Sonnenuntergang 16.12. Mondaufgang 11.25, Monduntergang 3.32.

Heute 7 Uhr früh: Temperatur der Luft + 4 Grad Cels. Nordwestwinde. Barometer 764. Bewölkt.

Gestern: Höchste Temperatur + 4, niedrigste + 2 Grad Cels. Niederschläge 1 Millimeter.

Wettervoraussage für Dienstag, den 19. Januar

Nachts etwas kühler, am Tage wieder ziemlich mild und meist leicht bewölkt, mäßige südliche bis nordwestliche Winde.

Wasserstand der Warthe am 17. Januar + 1,50 Meter, am 18. Januar + 1,53 Meter.

Wohin gehen wir heute?

Teatr Polski:

Montag: „Ihre Schwiegertochter"
Dienstag: „Aurelchen, tu das nicht".

Teatr Nowy:

Montag „Zarin und Rasputin".
Dienstag: „Zarin und Rasputin".
Mittwoch: „Zarin und Rasputin".

Teatr „Uśmiech":

Montag: Theater geschlossen.
Dienstag, 4 Uhr nachm.: „Hänsel und Gretel". (Schülervorstellung.)
Dienstag, abends: „Der weiße Masur".
Mittwoch: „Die keusche Susanne".

Kinos:

Apollo: „Hai Tang". (5, 7, 9 Uhr.)
Metropolis. „Liebe im Frühling". (½5, ½7, ½9 Uhr.)
Nowości: Film: „Wenn im Weibe die Liebe erwacht". (Eveline Holt.) Revue: „Der 100prozentige Mann". (5, 7, 9 Uhr.)
Słońce: „Trader Horn". (5, 7, 9 Uhr.)
Wilsona: „Das indische Grabmal". (II. Teil, in sich abgeschlossen.) (5, 7, 9 Uhr.)

Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein hält am Montag, 18. d. Mts., von 8 bis 10 Uhr einen Leseabend im Leseraum der Deutschen Bücherei, Zwierzyniecka 1, ab. Es liegen aus: Die Umschau, Kosmos, Der Naturforscher, Die Sterne, Aus der Heimat, Die Koralle, Technik für Alle, Forschung und Fortschritt.

Nachtdienst der Aerzte. In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte", ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße), Telephon 5555 erteilt.

Nachtdienst der Apotheken vom 16. bis 23. Januar. Altstadt: Apteka pod Białym Orłem, Stary Rynek 41; Apteka św. Piotra, ul. Półwiejska 1; Apteka św. Marcina, ul. Fr. Ratajczaka 12; Apteka Śródecka, Rynek Śródecki 1. — Jersitz: Apteka Mickiewicza, ul. Mickiewicza 22; Apteka „Pod Opatrznością Boską", ul. Dąbrowskiego 76. — Lazarus: Apteka p. Plucińskiego, ul. Marsz. Focha (Ecke Niegolewskich). — Wilda: Apteka Fortuna, Górna Wilda 96; Apteka przy Bramie Wildeckiej, Górna Wilda 3. Ständigen Nachtdienst haben: Solatsch-Apotheke, Mazowiecka 12, die Apotheke in Luisenhain (mit Ausnahme von Sonn- u. Feiertagen von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends), die Apotheke in Głowno, die Apotheke in Gurtschin, ul. Marsz. Focha 158, und die Apotheke der Stadtkrankenkasse, Pocztowa 25.

Kleine Posener Chronik

X. **Lebensmüde.** Die 21jährige Weronika Marczak aus Konin, welche zuletzt als Aftermieterin in der Bachstr. 38 wohnte, trank in selbstmörderischer Absicht Lysol. Der hinzugerufene Arzt der Bereitschaft ordnete die Ueberführung der Schwerverletzten in das Städt. Krankenhaus an.

X. **Vorsicht beim Umgang mit Messern.** Die 20jährige B. aus Unterwilda versuchte mit einem Rasiermesser ihre Hühneraugen am Fuß zu entfernen. Plötzlich rutschte der Fuß aus und Frl. B. zerschnitt sich die Hacke bis auf die Sehnen. Die Verletzte wurde in das Städt. Krankenhaus gebracht, wo operativ eingegriffen werden mußte.

X. **Verkehrsunfälle.** Vor dem hiesigen Hauptbahnhofe stieß das Auto des „Kurjer Poznański" mit einer Autodroschke zusammen, wobei beide Wagen stark beschädigt wurden. Personen sind glücklicherweise nicht verletzt worden. — Der Polizeibeamte Kaźmierczak, der den Verkehr zu regeln hatte, wurde in der Großen Gerberstraße von dem Motorradfahrer Stanislaus Galicki, Halbdorfstraße 16, überfahren und am Knie stark verletzt. Galicki besaß keinen Führerschein. Deshalb wurde das Motorrad ins Polizeirevier gebracht.

100 Jahre polnische Malerei

Das Großpolnische Museum bereitet eine Ausstellung unter dem Namen „100 Jahre polnische Malerei" vor. Diese Ausstellung, an deren Veranstaltung das Ausstellungskomitee schon seit längerer Zeit arbeitet, soll Werke nicht mehr lebender Künstler umfassen, die in Privatsammlungen untergebracht sind. Der Ertrag der Ausstellung, die im Februar im Museum stattfinden wird, ist für das Wojewodschaftskomitee zur Unterstützung der Arbeitslosen bestimmt.

Zwangsversteigerungen

X Dienstag, 19. d. Mts., nachm. 2 Uhr in Wiórek, Kreis Posen, 3 Fohlen, 6 Kälber, Sämaschine, Milchzentrifuge, Dresch- und Reinigungsmaschine. — Dienstag, 19. d. Mts., 12 Uhr Grabenstraße 2: drei große Brotwagen auf Federn. Besichtigung 10 Minuten vor der Versteigerung gestattet. — Freitag, 22. d. Mts., in der Handelsbörse, vorm. 11 Uhr, Teichstraße 3 (Ecke Wronkerstraße): 6 echte Perser Teppiche, 7 Teppiche (Landesprodukt, Handarbeit), dreißig Wandschoner verschiedener Größen.

Der Raubmord an dem Landwirt Wawrzyn Kucz

vor der hiesigen Strafkammer — Der Staatsanwalt beantragt lebenslängliche Zuchthausstrafe

X. **Posen**, 16. Januar. Wie wir bereits vor einigen Tagen nochmals berichteten, war der Landwirt Kucz aus Wladislawowo von drei maskierten Banditen erschossen worden. Da die Banditen Franz Waltrowski, Feliks Biniak und Sylwester Maćkowiak bei der Hauptverhandlung am 7. d. Mts., um ihr Alibi nachzuweisen, die Vernehmung weiterer Entlastungszeugen beantragt hatten, war die Verhandlung auf Sonnabend, den 16. d. Mts., vertagt worden. In der heutigen Verhandlung wurde in erster Linie die Ehefrau des Angeklagten Waltrowski vernommen. Sie behauptet, daß ihr Ehemann an dem betreffenden Tage nachmittags gegen 4 Uhr mit dem Fahrrad nach Wasowo zu einem Tanzvergnügen gefahren sei. Erst am nächsten Tage sei er zurückgekehrt. Ihr sei nicht bekannt, daß ihr Ehemann einen Revolver bei sich geführt habe.

Der Zeuge Stanislaus Czerwiński behauptet mit Biniak in einer Gefängniszelle gesessen zu haben. Von der Ermordung des Kucz habe er aber nichts gewußt.

Der Zeuge Stefan Górny sagt unter Eid aus, daß es nicht mit der Wahrheit übereinstimme, wenn der Angeklagte Maćkowiak behauptet, daß er mit ihm am Mordtage zum Holzlesen im Walde gewesen sei.

Zeuge Johann Olech, der die Bekanntschaft des Angeklagten im Gefängnis in Neutomischel gemacht hat, will eines Tages gehört haben, wie Waltrowski durch das Fenster zur Nachbarzelle, in der Biniak saß, gerufen habe, daß der Karabiner, mit welchem sie geschossen hätten, gefunden sei und sie wohl verraten werde. Auch soll er dem Biniak Vorwürfe gemacht haben, weil er die Waffe nicht besser versteckt habe.

Der Zeuge Franz Schmitka, ein Schwager Waltrowskis, hat den Revolver, mit welchem angeblich Kucz erschossen wurde, am kritischen Tage in dessen Reisekoffer gesehen.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. K. Nowosielski stellt den Antrag, den Angeklagten Waltrowski auf seinen Geisteszustand hin zu untersuchen.

Der Staatsanwalt widerspricht dem Antrag. Nach einer kurzen Beratung wurde der Antrag der Verteidigung vom Gericht abgelehnt.

Nach der Beweisaufnahme ergriff der Staatsanwalt Góralewicz das Wort, welcher die Anklage aufrechterhält. In scharfen Worten weist er auf die heutzutage immer mehr um sich greifenden Raubüberfälle hin, die überhandnehmen. Aus diesem Grunde und wegen der vielen Vorstrafen der Angeklagten beantrage er für die Angeklagten Waltrowski und Biniak lebenslängliche Zuchthausstrafen, für Maćkowiak wegen Beihilfe 12 Jahre Zuchthaus.

Nach längeren Verteidigungsreden der Rechtsanwälte Dr. K. Nowosielski und Dr. Szeib gab der Vorsitzende bekannt, daß das Urteil am Dienstag, dem 19. d. Mts., mittags 1 Uhr verkündet wird.

Die Nase abgeschnitten

X. **Posen**, 18. Januar. Im Wochenende kommt es regelmäßig in gewissen Lokalen zu Prügeleien, wobei gern und oft Messer eine nicht unwichtige Rolle spielen. Das Bewußtsein des Besitzes eines Wochenlohns macht offenbar trotz allen Reduzierungen noch übermütig. Im Verlauf einer solchen Prügelei in der Sandstraße wurde dem Edmund Antkowiak von seinem Gegner Surdyk die halbe Nase mit einem Messer abgeschnitten. Der schwerverletzte Antkowiak wurde von der ärztlichen Bereitschaft in das Städtische Krankenhaus gebracht.

In der Großen Berlinerstraße (ul. Dąbrowskiego) wurde Marjan Kaźmierczak von unbekannten Männern überfallen und mit einem Messer furchtbar zugerichtet. Er mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Aus Konkurrenzneid überfallen

X. **Posen**, 18. Januar. Walentin Tomaszewski, Górna Wilda 104, war als Vertreter für die Weinhandlung der Firma „Sieradzon", Langestraße 14, tätig. Schließlich machte er sich selbständig. Durch seine alten Geschäftsverbindungen hatte er bald eine große Kundschaft. Der Sohn des Inhabers der Firma „Sieradzon", der 20jährige Witlod, empörte sich darüber und faßte den Plan, sich zu rächen. Eines Tages versteckte er sich im Hausflur des Tomaszewski. Als dieser daherkam, sprang er aus seinem Versteck hervor und versetzte dem Tomaszewski einige tüchtige Schläge mit einem stumpfen Gegenstand. Der Schwerverletzte wurde vom Arzt der Bereitschaft verbunden. Diese Angelegenheit dürfte ein gerichtliches Nachspiel haben.

Wieder ein Kind überfahren

An seinem Aufkommen wird gezweifelt

X. **Posen**, 18. Januar. Die 14jähr. Marie Pajder, ul. Żurawia 8, wurde am Sonnabend beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einem Lastauto einer hiesigen Molkerei überfahren. Die Schwerverletzte, welche besinnungslos liegen blieb, wurde von der hinzugerufenen Aerztlichen Bereitschaft in das St. Josephs-Krankenhaus gebracht, wo eine Gehirnerschütterung, Schädel- und Beckenbruch festgestellt wurden. An dem Aufkommen der Kleinen wird gezweifelt. Wer die Schuld an dem schrecklichen Unfall trägt, wird hoffentlich die Untersuchung ergeben.

Von Wilddieben angeschossen

✕ **Schroda**, 18. Januar. Auf einem Gang durch sein Revier wurde der Förster Kazimierz Prujet Wygranka angeschossen. Bisher weiß man nicht, wer die Wilddiebe waren. Ermittelungen sind eingeleitet worden und werden mit aller Energie weitergeführt.

Nicht vergessen:

Die Wählerlisten für die Gemeindewahlen liegen nur noch bis zum 24. Januar aus. Jeder Wahlberechtigte muß sich davon überzeugen, ob sein Name in den Wählerlisten eingetragen ist. Ist das nicht der Fall, muß er seinen Nachtrag sofort beantragen.

Unterhaltungsabend des Turnvereins

Dem Posener Turnverein, der unter der Leitung des Herrn Nakoinz bereits auf ein biblisches Alter zurückblicken kann, gebührt aufrichtiger Dank dafür, daß er alles daran setzt, um das Panier der deutschen Turnerei in Posen hochzuhalten. Selbst die fast zu Ohnmacht verurteilende Wirtschaftskrise vermochte die Vereinsleitung nicht davon abzuschrecken, mit einem Unterhaltungsabend vor die Oeffentlichkeit zu treten. In bunter Folge produzierten sich denn Männer-, Frauen- und Jugendabteilung des Vereins sowie schauspielerische Kräfte nicht nur interner Prägung, unter der bewährten Regie von Frau Lina Starke, die die zur Aufführung gelangenden Theaterstücke wirkungsvoll einstudiert hatte. Daß der Abend sichtlich seinen Zweck erfüllte, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Nach einigen einleitenden Musikstücken „ging es gleich gut los". So lautete nämlich der Titel eines Vorspiels, dessen Wirkung mit dem Spiel des Vorhangziehers steht und fällt. Diese Rolle war bei Herrn Seeliger gut aufgehoben.

Es folgten unter dem Kommando des Turnwarts Krause die eigentlichen turnerischen Darbietungen wie: Pferdsprünge mit Federbrett (Männerriege), Gruppenturnen am Barren mit ungleichen Holmen (Frauenriege), Gesellschaftsturnen am Reck mit Doppelbarren (Männerriege) und die „Lustigen Kobolde" (Jugendriege). Einige Unexaktheiten beim Geräteturnen konnten den Gesamteindruck nicht beeinträchtigen. Beim „Turnerischen Klamauk" zeigte es sich, daß Charlie Chaplin auch in Posen seine Nebenbuhler bzw. Doppelgänger hat. Besonders der „Abgang" der zehn „Parterre-Akrobaten" machte der grotesken Nachahmung alle Ehre. Die gelungenen Freiübungen dieser Chaplin-Truppe mußten unter dem „Beifallsterror" des Publikums wiederholt werden.

Es schlossen sich nun „Heitere Bilder um das deutsche Frauenturnen von Anno dazumal" an. Dieses propagandistisch pointierte Stück von Ernst Hüttig, in dem die „dazumal" verpönten Turnerinnen die undankbare Aufgabe haben, besonders drei alte Schachteln (eine dicke, dünne und gelehrte) von ihren verschrobenen Ansichten über die Turnerei zu heilen und für die Sache zu „gewinnen", läßt auch schöne alte Volksweisen im Rahmen der anmutsvollen Reigen zu ihrem Rechte kommen. Eine interessante Rolle spielt der Schutzmann, der bekanntlich heute, im Zeitalter des Verkehrs, andere Aufgaben zu erfüllen hat, als Turnerinnen gegen „entrüstete" alte Schachteln in „Schutz zu nehmen". Aber das soll es eben gegeben haben.

Riege Tippelbrüder unternahm eine lustige Turnfahrt mit Kunstturnen am Reck. Daran schloß sich gegen Mitternacht ein zwangloses Beisammensein mit Tanz.

Möchte der vorgestrige Unterhaltungsabend, dessen Besuch leider etwas zu wünschen übrig ließ dem Verein neue Freunde gewonnen haben.

jr.

Eingeschränkter Sonntagszugverkehr

Die Posener Eisenbahndirektion gibt bekannt, daß mit sofortiger Gültigkeit folgende Züge an Sonn- und Feiertagen nicht mehr verkehren werden:

Strecke **Ostrowo—Kalisch** Zug 5531: Kalisch ab 6.50 Uhr morgens, Ostrowo an 7.28. — Zug 5532: Ostrowo ab 8.10 Uhr morgens, Kalisch an 8.51. — Zug 5533: Kalisch ab 10.55 Uhr vorm., Ostrowo an 11.35. — Zug 5534: Ostrowo ab 12.15 Uhr mittags, Kalisch an 12.56. — Zug 5535: Kalisch ab 4 Uhr nachm., Ostrowo an 4.40. — Zug 5536: Ostrowo ab 6.35 Uhr abends, Kalisch an 7.16 Uhr.

Auf der Strecke **Posen—Moschin:** Zug 743: Posen ab 9.25 Uhr vorm., Moschin an 9.53 Uhr. Zug 744: Moschin ab 10.30 Uhr vorm., Posen an 10.57 Uhr. Zug 745: Posen ab 4.40 Uhr nachm., Moschin an 5.06 Uhr. Zug 746: Moschin ab 5.30 Uhr nachm., Posen an 5.56 Uhr.

Strecke **Posen—Starołęka:** Zug 546: Posen ab 11.40 Uhr nachts, Starołęka an 11.46 Uhr. Zug 545: Starołęka ab 11.53 Uhr nachts, Posen an 12 Uhr.

Bromberg

✕ **Scheunenbrand.** In Wierzchnin entstand auf dem Gehöft des Landwirts Stefan Beliński ein Scheunenbrand. Die Scheune, in der sich außer Erntevorräten auch noch fast alle landwirtschaftlichen Geräte befanden, war nicht mehr zu retten. Der Schaden, der mit 47 000 Złoty beziffert wird, trifft den Besitzer um so empfindlicher, als er unversichert war.

Bankett zu Ehren der Brest-Gefangenen

Warschau, 18. Januar. (Eig. Telegr.).

Am Sonnabend abend fand in den Sälen des Theaters Atheneion in Warschau ein Festessen zu Ehren der Brest-Gefangenen statt. Das Bankett wurde von dem Abgeordneten Arciszewski geleitet. Reden wurden u. a. gehalten von Thugutt, Modelski, dem Abg. Dubois, Strug und dem Abg. Liberman. Letzterem wurde eine langandauernde Kundgebung bereitet. Liberman schloß seine Rede mit den Danteschen Worten: „Mut, Mut, Mut." An dem Bankett nahmen auch sämtliche Verteidiger der Brest-Gefangenen teil. Nach den Reden der sozialistischen Teilnehmer, spielte die Kapelle das Kampflied „Die rote Fahne", nach der Rede des Abg. Witos die Nationalhymne.

Sportbeilage

Deutschlands Schwimmer im Jahre 1931

12 neue Rekorde

Die amtliche Liste der deutschen Schwimmrekorde am Jahresschluß verzeichnet insgesamt zwölf neue Höchstleistungen, von denen acht auf die Schwimmerinnen und vier auf die Schwimmer entfallen. Sechs Rekorde wurden im Brustschwimmen verbessert, während auf die Kraulstrecken vier und auf das Rückenschwimmen zwei neue Höchstleistungen entfallen.

Die besten Leistungen des Jahres gab es im Brustschwimmen mit den von Karl Wittenberg (Poseidon-Berlin) über 100 Meter mit 1 : 14,4 und 200 Meter mit 2:46,2 Min. erzielten Zeiten, die gleichzeitig als Europa-Rekorde gelten und nur wenig hinter den bestehenden Weltbestleistungen von 1:14 bzw. 2:45 zurückbleiben. Da Schwarz (Göppingen) den Rekord im 400-Meter-Brustschwimmen auf 6:02,2 verbesserte, ist Erich Rademacher (Magdeburg) in der deutschen Rekordliste jetzt nur noch über 500 Meter mit 7:40,8 vertreten. Rademacher hat allerdings über 400 Meter mit 5:50,2 Minuten eine erheblich bessere Leistungs als Schwarz erreicht, doch wird diese nur in der Weltrekordliste und nicht unter den deutschen Höchstleistungen geführt, weil die Zeit auf einer 25-Yards-Bahn geschwommen wurde. Im Damen-Brustschwimmen erreichte Herta Wunder (Leipzig) zweimal Rekordverbesserungen auf 6:45,9 und 6:42,4 über 400 Meter und auf 8:32 über 500 Meter. Die 400-Meter-Zeit ist nur eine Sekunde schlechter als der Weltrekord. Die 500-Meter-Zeit war Weltrekord, wurde aber später von der Engländerin Wolstenholme unterboten.

In den Kraulstrecken gab es bei den Herren nur den neuen 400-Meter-Rekord von Raimund Deiters (Köln) mit 5:04,7 Minuten. Erfolgreicher waren die Schwimmerinnen. Hilde Salbert (Gleiwitz) verbesserte den alten 100-Meter-Rekord von Reni Küppers-Erkens auf 1:13 Min. Ueber 800 und 1000 Meter wurde von Dr. Schönemann (Dresden) mit 13:39,8 und 17:04 Min. neue Bestleistungen erreicht.

Im Rückenschwimmen verbesserte Elfriede Sasserath (Rheydt) den 200-Meter-Rekord auf 3:14,5 und später auf 3:09,8 Minuten.

Die Bilanz der Wasserball-Länderspiele zeigt mit 7 gewonnenen, 2 unentschiedenen und 1 verlorenen Spiel im Jahre 1931 ein gutes Aussehen. Die einzige Niederlage gab es im August in Barmen gegen Belgien mit 2 : 3. Hier fehlte E. Rademacher, der sonst in sämtlichen Spielen das Tor der deutschen Mannschaft mit Erfolg hütete. Bei den Europameisterschaften in Paris wurde gegen Belgien ein 3 : 3 und gegen Ungarn ein 2 : 2 erzielt. Die gewonnenen Spiele des Jahres waren folgende: gegen Frankreich 4 : 3 und 4 : 1, gegen England 9 : 2 und 7 : 2, gegen die Tschechoslowakei 3 : 1, gegen Oesterreich 5 : 1 und gegen Schweden 4 : 2.

Die tägliche Uebungsstunde

UB. 1. Man läßt den Kopf locker kreisen, abwechselnd einige Male nach links, einige Male nach rechts.

2. Zehenstand, Arme gehoben. Der ganze Körper wird kräftig gereckt. (Streckung vom Rücken aus!)

3. Man stellt die rechte Fußsohle an die Innenseite des linken Beines und führt so das rechte Bein seitwärts und vorwärts. Dasselbe links.

4. Man beschreibt dem Becken abwechselnd nach rechts und links Kreise. (Schultern fest!) Lockere Knie.

5. Sitz auf der Erde: linkes Bein angebeugt, linker Arm umfaßt linkes Knie, rechtes Bein gestreckt, rechte Hand faßt rechte Fußspitze. Mit rundem Rücken rollt man rückwärts und kommt mit Schwung wieder zum Sitz. Ohne Pausen!

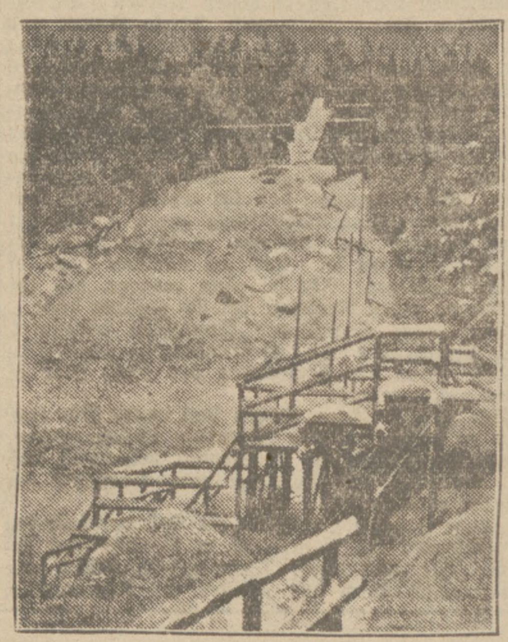
6. Abwechselnd drei Schritte auf der „Außenkante" der Füße gehen, drei Schritte auf der „Innenkante".

7. Einige Schritte laufen, im Laufen in die Kniebeuge fallen, so, daß ein Bein gebeugt, eins weit nach hinten gestreckt ist. Nachfedern, dann mit Schwung hoch, wieder laufen usw.

Doch deutsche Eishockey-Mannschaft auf der Winterolympiade

Deutschlands Entschluß, keine Eishockeymannschaft nach U. S. A. zu den Olympischen Spielen zu schicken, hat in Amerika einen Sturm der Enttäuschung erregt. Eine Intervention des amerikanischen Olympischen Organisationskomitees beim Deutschen Olympischen Ausschuß wegen Entsendung der deutschen Eishockeymannschaft hat Erfolg gehabt.

Wie großen Wert man in U. S. A. darauf legt, die deutsche Eishockeymannschaft nach Lake Placid zu bekommen, geht aus der Mitteilung des amerikanischen olympischen Komitees hervor, daß man eigens das Eishockeyprogramm dahin geändert habe, daß jede Mannschaft nur sechs Spiele zu bestreiten hat. Unter diesen neuen Gesichtspunkten beschloß der Deutsche Eislauf-Verband auf Grund der Verhandlungen mit dem Deutschen Olympischen Ausschuß, seine Eishockeymannschaft doch nach Amerika zu entsenden. Folgende Mannschaft fährt am 21. Januar von Hamburg ab: Leineweber (Füssen), die Münchner Slevogt, Schröttle, Strobel sowie die Berliner Jaenecke, Rudi Ball, Korff und Römer. Auch Heinricht und Herker (Brandenburg-Berlin) sind in Aussicht genommen. Außer den Kämpfen im Rahmen der Olympischen Spiele bestreitet die deutsche Mannschaft noch vier Städtekämpfe, um die erheblichen Reisespesen zu decken.



Der Schauplatz der deutschen Skisprungmeisterschaften 1932

Die neue Sprungschanze in Oberschreiberhau, wo in der Zeit vom 11. bis 15. Februar die deutschen Skimeisterschaften 1932 stattfinden werden. Die Schanze, die soeben fertiggestellt wurde, ermöglicht Sprünge bis zu 60 Meter Länge.

Die polnischen Wintersportler auf der Reise nach Lake Placid

In einer Stärke von 14 Aktiven ist die polnische Expedition für die Olympischen Winterspiele auf den Weg gegangen. Neben den zehn Eishockeyspielern haben die Skiläufer Bronislaw Czech, Motyka, Skupion, A. und S. Marusarz von Cherbourg aus zusammen mit den Vertretern der Schweiz auf der „Majestic" die Ueberfahrt angetreten. Von den polnischen Skiläufern wurden die Brüder Marusarz und Czech für den Spezialsprunglauf, Czech und Skupion für die Kombination, Motyka für den 50-Km.-Dauerlauf gemeldet. — Norwegens Eisschnelläufer-Expedition hat bereits von Oslo die Reise angetreten. Unter Leitung von Carsten Matheson fahren Ballangrud, Staksrud, Engnestangen, Lindboe und Pedersen. In Bergen schiffte sich die Expedition auf den Dampfer „Bergensfjord" ein.

Die Europameister im Eiskunstlauf

Vor ausgezeichnetem Besuch fand im Pariser Sportpalast als letzte Vorprobe zu den Olympischen Spielen, die Europameisterschaft im Eiskunstlaufen für Damen und Herren statt. In beiden Wettbewerben endeten mit Sonja Henie (Norwegen) und Karl Schäfer (Wien) die vorjährigen Meister in Front. Beide waren ihren Konkurrenten klar überlegen, und ihre meisterlichen Darbietungen wurden mit tosendem Beifall der Zuschauer aufgenommen.

Herren: 1. Schäfer (Wien); 2. Maier-Labergo (München); 3. Elbos (Wien); 4. Dr. Distler (Wien); 5. Hartmann (Wien); 6. Herrion (Frankreich).

Damen: 1. Sonja Henie (Norwegen); 2. Fritzi Burger (Wien); 3. Vivi-Anne Hulthen (Schweden); 4. Holovsky (Wien); 5. Frl. Landbreck (Wien); 6. de Ligne (Belgien).

Olympische Launen

Stars haben ihre Launen; auch im Sport bleibt man davon leider nicht verschont. Norwegens Eislaufkünstlerin, die vielgefeierte und noch mehr verwöhnte Sonja Henie macht keine Ausnahme. Das Norwegische Olympische Komitee kann ein Lied davon singen; denn neuerdings ließ die Weltmeisterin von Paris aus mitteilen, daß sie nur dann nach Lake Placid fahre, wenn ein norwegischer Schiedsrichter entsandt werden würde. Da man auf Sonjas Start nicht verzichten wollte, blieb nichts weiter übrig, als nochmals in den schon reichlich in Anspruch genommenen Beutel zu greifen und die Reisekosten für einen einheimischen Unparteiischen zu bewilligen. Man entsinnt sich, daß Sonja ursprünglich nicht ohne Mutter, Vater und Bruder auf die weite Reise gehen wollte.

Das Schwedische Olympische Komitee hat mit seiner Eislaufmeisterin Vivi-Anne Hulthén ebenfalls Sorgen. Die Differenzen haben jetzt dazu geführt, daß die in England geborene Vivi-Anne erklärte, sie würde in Lake Placid für England starten, wenn man ihr nicht die Reisekosten für ihre Mutter bewilligt.

Weitere Ueberraschungen im Berliner Fußball

Herthas Ende — Victoria überflügelt die Tennis-Borussen

Vor 35 000 Zuschauern wurde im Poststadion Hertha von Minerva mit 4 : 2 geschlagen. Damit wurde Hertha endgültig von ihrem siebenjährigen Meisterthron heruntergeholt.

Minerva lieferte in jeder Hinsicht, in taktischer wie in technischer Hinsicht, ein ausgezeichnetes Spiel, dem eben der Altmeister nicht mehr gewachsen war. Von Anfang an diktierte Minerva das Geschehen, die berühmte Herthamaschine kam nur selten, dann allerdings ernstlich, auf Touren, man ließ ihr jedoch keine Zeit, sich einzuspielen. Hertha fiel gegenüber den jungen, mit Verständnis und Schneid spielenden Minervastürmern ab, es klappte diesmal aber auch in keiner Reihe, vor allem im Sturm war alles locker, der Dirigent Sobek war recht schlecht aufgelegt, und das ist ja immer ein bedenkliches Signum! Minerva hat seinen Sieg voll und ganz verdient.

Damit steht Minerva in der A-Abteilung als Meister sicher. In der B-Abteilung hat Victoria, die gestern B. F. B. Pankow 5 : 0 schlug, seinen Rivalen Tennis-Borussia, der gegen Adlershofer Ballspielklub nur ein Unentschieden herausholen konnte, um einen Punkt überflügelt.

Sport-Rundschau

jr. Eine Posener Boxmannschaft trat, ungeachtet des organisatorischen Konflikts zwischen Warschau und Posen, ersatzgeschwächt einer Warschauer Repräsentative in Warschau entgegen und wurde 10 : 6 geschlagen. Die Punkte für Posen holten Misiorny (gegen Wieczorek), Forlański (gegen den ebenbürtigen Anders) und Arski (gegen Brzózka) heraus. Von Sipiński, der Birenzweig unterlag, hatte man mehr erwartet. Die entscheidenden Niederlagen brachten das Mittel- und Halbschwergewicht, wo Ziliński I und II gegen Karpiński und Mizerski durch technisches Knockout verloren. Polus konnte sich gegen Kazimierski nicht behaupten. Im letzten Kampfe schlug Fin den Posener Krenz. Die empfindliche Niederlage der Posener Boxer zeigt deutlich das Fehlen gleichwertiger Reserven in den schwersten Gewichtsklassen Posens. Es rächt sich eben doch die stark bevorzugte Züchtung von Spitzenboxern.

*

Einen schönen Erfolg hatte der Posener „Sokół" gegen den Krakauer „Wawel" zu verzeichnen. Die Begegnung, die im Kino „Metropolis" ausgetragen wurde, endete mit einem 8 : 6-Siege des Wirtes, der seine besten Leute in Romański und Misiurewicz hatte. Bei den Gästen gefielen besonders Chrostek und Studnicki.

*

Auf der Generalversammlung der polnischen Fußball-Liga in Warschau ist die mit großer Spannung erwartete Aussprache über die Aenderung des Spielsystems der Liga bisher ergebnislos verlaufen, so daß es wohl weiter beim alten bleiben dürfte. Sämtliche Anträge wurden abgelehnt, darunter auch ein Antrag der Posener „Warta", daß die Ligaklubs bei den Ligakämpfen auf eigene Kosten fahren sollten. Ein Antrag der Krakauer „Wisla", der für Herabsetzung der Ligavereine auf 8 eintrat, hatte Stimmengleichheit und war damit abgewiesen. Der Antrag der Wartaner auf Teilung in zwei Gruppen zu je sechs Klubs fiel mit 11 : 1 Stimmen, während ein Antrag der Liga auf Austragung der Meisterschaften in zwei Gruppen zu je 7 Klubs einmütig abgelehnt wurde.

Deutschlands Feldzug gegen die Preise

Die deutschen Grosshandelspreise im Januar 10 Prozent unter Mitte 1931

Die Verschärfung des wirtschaftlichen und politischen Krisenzustandes in der Welt führte im Jahre 1931 zu einer weiteren Verstärkung der rückläufigen Preistendenzen, wie sie bereits in den Vorjahren eingeleitet wurden. Der natürliche Druck auf das Preisniveau auf Grund der weltmarktmässigen Einflüsse wurde in Deutschland durch Sonderfaktoren und gegen Ausgang des Jahres durch den organisierten „Feldzug" gegen das Preisniveau (Notverordnung) noch akzentuiert. Das deutsche Institut für Konjunkturforschung gibt an Hand eines reichen Tabellenwerkes, dem wir die untenstehende Aufstellung über die Preisentwicklung entnehmen, eine kurze Interpretierung des Rückganges der Preise, die sich allerdings auf die Gestaltung der deutschen Grosshandelspreise im vergangenen Jahre beschränkt. Man weiss, dass auf dem Weltmarkt die Preisbewegung im Jahre 1931 in einem Umfange rückläufig war, wie nie zuvor, und dass man im allgemeinen feststellen kann, dass

zu Beginn des neuen Jahres die Weltmarktpreise am tiefsten Stand all der Jahre seit dem Kriege halten.

Das Institut für Konjunkturforschung begnügt sich bei der Analyse der deutschen Preisbewegung mit dem Hinweis auf die besonderen Umstände der deutschen Kreditkrise vom Juli 1931 und der Aufgabe des Goldstandards durch England im September, die beide die Preisbewegung nach unten beeinflussten. Es wird allerdings dem Institut Recht zu geben sein, wenn es darauf hinweist, dass trotzdem die Preise in Deutschland nicht so reagiert haben, wie es angesichts der Wucht dieser Ereignisse zu erwarten war, weil einerseits der Druck auf die Preise durch die Kreditpolitik der Reichsbank gemildert wurde (unter Vermeidung von Zusammenbrüchen im grössten Umfange, die sonst unausbleiblich gewesen wären) und anderseits dem Rückgang der Preise weitverzweigte Bindungen entgegenstanden, die dann erst gegen Ausgang des Jahres durch die Notverordnungsbeschlüsse eine Auflockerung erfuhren. Im übrigen wird man aber auch bei der Betrachtung der deutschen Preisentwicklung auch noch auf die besonderen Einflüsse hinweisen müssen, wie sie sich beispielsweise aus den wenig geklärten Verhältnissen am deutschen Getreidemarkt (der sich ständig in Unruhe befindet), ferner auf dem Gebiet der Metalle, durch die verschiedentlichen Bemühungen ergeben, die Produzenten der einzelnen Metalle in Kartellen zusammenzufassen. Zölle, Einfuhrkontingentierungen und Einfuhrverbote, die sich dem freien Warenverkehr in den Weg stellen, haben weiter ihren Einfluss auf die Preisgestaltung in der Welt ausgeübt.

Um wieder zu der deutschen Preisgestaltung zurückzukehren: die Gesamtindexziffer der Grosshandelspreise

lag im Januar 1932 um 10 Prozent unter dem Stand von Mitte 1931, wobei allein seit Anfang Dezember ein Rückgang um 4 Prozent zu verzeichnen ist.

Mit einer Indexziffer von 101.4 (1913 ist gleich 100), wie sie nach den Angaben des Instituts für Konjunkturforschung Anfang Januar 1932 erreicht worden ist, nähert sich der Stand der Preise im Gesamtdurchschnitt wieder dem Stand der Vorkriegszeit. Besonders im Dezember hat sich auf dem deutschen Binnenmarkt der Preisdruck beträchtlich verschärft, vor allem bei den industriellen Fertigwaren im Zusammenhang mit der Notverordnung. Seit Mitte vorigen Jahres waren zunächst nur die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, besonders die Preise der Erzeugnisse der Viehwirtschaft, scharf zurückgegangen, bis dann seit September (nachdem England den Goldstandard aufgegeben hatte), ausserdem die Preise für eine Anzahl von Welthandelsgütern stark gefallen sind.

Wenn sich der Stand der Grosshandelspreise im Gesamtdurchschnitt wieder dem Stand der Vorkriegszeit nähert, so liegen aber auch gegenwärtig noch die Preise für industrielle Fertigwaren (Index 128.2 am 6. Januar) und die Lebenshaltungskosten, deren Indexziffer im Dezember 130.4 betrug (wobei in der Zwischenzeit allerdings ein weiterer Rückgang erfolgt sein dürfte), noch erheblich darüber. Die sogenannte „Preisschere" zwischen Industrieprodukten und einem Teil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse einerseits und die Tatsache der Beeinflussung des deutschen Preisniveaus durch gewisse agrarpolitische Massnahmen anderseits wird durch die Indexgestaltung als besonderes Problem der deutschen Preisbildung erneut herausgestellt.

Großhandelspreise Ende Juni 1931 und Anfang Januar 1932 in RM

Ware	Einheit	Preise am 30. 6. 31	Preise Anfang Jan. 32	Prozentualer Preisrückgang v. 30. 6. 31 bis Anf. 32
Steinkohlen	1 t	15,40	14,21	7,7
Roheisen	1 t	78,00	69,00	11,5
Stabeisen	1 t	128,00	115,00	10,2
Weißblech	1 Kiste	39,25	34,75	11,5
Schrott	1 t	34,00	28,00	17,6
Kupfer	10 kg	87,00	69,50	20,1
Blei	100 kg	26,00	20,25	22,1
Zink	100 kg	26,25	20,00	23,8
Zinn	100 kg	226,00	224,00	0,9
Baumwolle	1 kg	1,05	0,69	34,3
Wolle	1 kg	4,40	3,95	10,2
Flachs	1 kg	0,42	0,42	0
Rohseide	1 kg	21,50	20,15	6,3
Kunstseide	1 kg	5,10	5,10	0
Rindshäute	½ kg	0,33	0,24	27,3
Kalbfelle	½ kg	0,45	0,28	37,8
Benzin[1])	100 l	10,48	5,80	44,7
Benzol[2])	100 l	36,07	31,88	11,6
Kautschuk	1 kg	0,59	0,43	27,1
Kali 40%	1kgi.Rpf.	18,88	16,99	10,0
Stickstoff[3])	1913-100	65,2	57,7	11,5
Thomasmehl	1kgi.Rpf.	25,00	22,50	10,0
Superphosphat	1kgi.Rpf.	34,94	33,11	5,2
Mauersteine	1000 St.	24,05	23,55	2,1
Zement, Grundpreis, Bln.	10 t	460,00	414,00	10,0
Zement, Nettopreis, Bln.	10 t	[4]) 440,00	[5]) 407,00	7,5
Zement, München	10 t	520,00	470,00	9,6
Bauholz[3])	1913–100	112,00	97,2	13,2
Fensterglas	1 qm	1,60	1,44	10,0
Roggen	1 t	214,00	186,00	13,1
Weizen	1 t	271,00	217,00	19,9
Kartoffeln	50 kg	3,10	1,80	[7]) 41,9
Zucker[2])	50 kg	21,23	[7]) 20,50	3,4
Butter	100 kg	236,00	210,00	[8]) 11,0
Ochsen	50 kg	48,00	36,00	25,0
Kühe	50 kg	32,50	24,30	25,2
Kälber	50 kg	44,00	40,00	9,1
Schweine	50 kg	44,50	43,00	3,4

[1]) Unverzollt, ohne Kosten für Spritablösung. — [2]) Unversteuert. — [3]) Durchschnittsindex. — [4]) Nach Abzug einer Bonifikation von 20 RM. — [5]) Nach Abzug eines Sonderrabatts von 7 RM. — [6]) Preisänderung von Anfang Januar 1931 bis Anfang Januar 1932: 38.5 v. H. — [7]) 15. 12. 1931. — [8]) Preisveränderung von Anfang Januar 1931 bis Anfang Januar 1932: 25.5 v. H.

Oberschlesiens Steinkohlenwirtschaft im Jahre 1931

Gestiegene Ausfuhr — gestiegene Verluste

Im Monat Dezember sank die ostoberschlesische Steinkohlenförderung nicht nur infolge der verminderten Zahl der Arbeitstage, sondern auch durch abnehmende Intensität der Förderung. Im arbeitstäglichen Durchschnitt wurden im Dezember 99 482 t gefördert gegen 107 666 t im November, d. i. eine Abnahme um 7,61 Prozent. Die Gesamtproduktion betrug im Dezember an 23 Arbeitstagen 2 288 087 t gegen 2 691 649 t im November (25 Arbeitstage). Im Vorjahr hatte im Dezember umgekehrt eine, wenn auch geringe Zunahme der Förderintensität um 1,39 Prozent auf arbeitstägl. 107 867 t stattgefunden. Die starke Einschränkung im Dezember des laufenden Jahres ist vor allem eine Folge des ausserordentlichen Produktionsrückganges, der in den Eisenhütten schon im November einsetzte und der im Dezember ungeahnte Dimensionen annahm. Inlandsabsatz und Ausfuhr nahmen etwa im gleichen Verhältnis ab. Der Absatz in Polnisch-Oberschlesien stellte sich auf 427 735 (Vormonat: 457 768) t, der Absatz im übrigen Polen auf 615 895 (821 769) t, der Inlandsabsatz insgesamt also auf 1 043 630 (1 279 531) t. Arbeitstäglich berechnet wurden also im Inlande 11,35 Prozent weniger abgesetzt als im Vormonat. Der Export belief sich auf 941 826 (1 156 230) t, hier beträgt die Abnahme 11,46 Prozent. Der Gesamtabsatz betrug 1 985 456 (2 435 767) t, sein Rückgang also 11,40 Prozent. Die Kohlenbestände erhöhten sich weiter, da die Produktion nicht entsprechend dem stockenden Absatz zurückging und erreichten am Jahresende die ausserordentliche Höhe von 1 759 365 t gegen 1 689 555 t Ende November. Die Zunahme der Halden im letzten Jahresmonat betrug also 4,16 Prozent, während im Dezember 1930 bei glattem Geschäftsgang eine Abnahme um 16,51 Prozent auf 933 847 t erzielt worden war.

Ein Vergleich des Jahresergebnisses des ostoberschlesischen Steinkohlenbergbaues mit den vorhergehenden Jahren bietet folgendes Bild:

(In 1000 Tonnen):

	Gesamtförderung	Inlandsabsatz	Export: Konventionsmärkte	Export: Nichtkonventionsmärkte	Export: insgesamt	Gesamtabsatz	Bestände am Jahresende
1931	28 399	13 025	2 839	9 325	12 164	25 189	1 759
1930	28 158	14 432	3 192	6 764	10 774	25 207	933
1929	34 127	19 147	4 797	6 048	11 793	30 940	711
1928	30 167	16 622	4 513	6 179	11 245	27 863	607
1927	27 709	15 214	3 863	5 557	9 607	24 874	932
1926	25 929	11 785	3 825	7 163	11 949	23 782	747

Das Jahr 1931 verzeichnete im Vergleich zum Vorjahr eine **Zunahme der Förderung** um nur 0,85 Prozent. Der Selbstverbrauch der Gruben verminderte sich um 11,60 Prozent. Innerhalb Polnisch-Oberschlesiens wurden 85,37 Prozent und nach dem übrigen Polen 94,22 Prozent der im Vorjahr abgesetzten Mengen verkauft. Der gesamte **Inlandsabsatz betrug 90,25 Prozent, der Export hingegen 112,90 Prozent** der Vorjahresmenge. Der Rückgang des Inlandsabsatzes glich sich mengenmässig mit der Exportsteigerung aus, so dass der Gesamtabsatz nur 0,07 Prozent kleiner war als im Vorjahr. Die besonderen Kennzeichen des verflossenen Jahres sind einerseits die ausserordentliche Steigerung des Exportes, der eine seit der Teilung Oberschlesiens **noch nicht dagewesene Höhe** erreichte und noch um 1,79 Prozent höher war als der bisherige Ausfuhrrekord von 1926, dem Jahr des englischen Bergarbeiterstreiks, andererseits die ausserordentliche Höhe der Haldenbestände, die um 88,4 Prozent gegenüber dem Ende des Vorjahres gestiegen waren. Sehr bemerkenswert ist ferner das Zurücksinken des Inlandsabsatzes auf einen Stand, der zwischen dem Inlandsabsatz der Jahre 1927 und 1926 etwa die Mitte hält.

Die erhebliche Steigerung der polnisch-oberschlesischen und überhaupt der polnischen Kohlenausfuhr in einer Zeit allgemein sinkender Konjunktur kann um so mehr Aufsehen erregen, als eine grosse **Mehrausfuhr** nach den sog. **unrentablen** Märkten, auf denen der Konkurrenzkampf mit der englischen Kohle am härtesten ist, gerichtet war, während der Export nach den Konventionsländern, in denen ein gewisser Gewinn erzielt wird, auf den äussersten bisher erreichten Tiefstand sank. Der Prozentanteil der Konventionsländer am Gesamtexport hielt sich von 1927 bis 1929 unverändert auf etwa 40 Prozent, **sank dann** schon 1930 auf 29,6 Prozent und 1931 auf 23,3 Prozent. Massgebend für dieses rasche Absinken ist vor allem die industrielle Krise jener Länder, ferner Autarkiebestrebungen, die Ungarn ab 1. Oktober 1931 zu einem Einfuhrverbot für Steinkohle veranlassten. Dieser Export nach den umstrittenen Märkten wird von der polnischen Kohlenindustrie bewusst mit allem Eifer betrieben, um durch möglichst weitgehende **Ausnutzung der Kapazität** der Kohlengruben die Produktionsunkosten zu senken, die riesigen im Kohlenbergbau angelegten Kapitalien zu amortisieren und einem weiteren Anwachsen der Arbeitslosigkeit vorzubeugen. In letzter Zeit sind heftige Angriffe gegen diesen unrentablen Export gerichtet worden. In der Sozialkommission des Schlesischen Sejms wandte sich Senator **Grajek** von der Nationalen Arbeiterpartei (N. P. R.) scharf gegen den sog. „Dumpingexport", der eine soziale Ungerechtigkeit und eine Vergeudung des Nationalvermögens sei. Niemand verlange, dass sozusagen von heute auf morgen die Ausfuhr der polnischen Kohle einzustellen sei, aber eine solche Wirtschaftspolitik, die ständig und ganz und gar auf einen **Defizitexport** eingestellt sei, müsse mit einer Katastrophe enden. Es müsse unbedingt der Inlandsabsatz mehr gefördert werden, denn dadurch werde der Durchschnittserlös für die Tonne des Gesamtabsatzes erhöht, und es werde unnötig, die von den Industriellen geforderten Lohnsenkungen vorzunehmen. In den Jahren 1927 und 1928 war die Konjunktur für eine Steigerung des Inlandsabsatzes am günstigsten. Heute sei die Lage schlimmer, aber es müsse alles getan werden, um die Zukunft des polnischen Kohlenbergbaues in stärkerem Masse auf dem einheimischen Markt zu begründen.

Diese Ausführungen eines Gewerkschaftsführers sind besonders bemerkenswert, weil auch ein namhafter polnischer Industrievertreter, Generaldirektor **Cybulski**, seit Mitte 1931 Vorsitzender der Allgemeinen polnischen Kohlenkonvention, die gleiche Forderung nach Verstärkung des Inlandsabsatzes als Sachverständiger vor der Sozialkommission des Schlesischen Sejm vorgetragen hat. Generaldirektor Cybulski erklärte, dass die Kohlenindustrie sich von der Wichtigkeit des Kohlenabsatzes auf dem Binnenmarkte Rechenschaft gebe und dass auch in diesem Sinne gearbeitet werde. Bei der Kohlenkonvention sei eine Propagandaabteilung für den inneren Markt gegründet worden. Aber es sei kaum zu hoffen, dass diese Arbeit schon rasch Resultate zeitigen werde, die den Zug der polnischen Kohle nach den ausländischen Verlustmärkten abschwächen werde. Wenn man mit dieser Arbeit schon früher begonnen hätte, würde die Sache anders aussehen.

In Wirklichkeit ist aber in absehbarer Zeit mit einer freiwilligen Aufgabe des polnischen Kohlenexportes nach den unrentablen Märkten **nicht** zu rechnen. Der Kohlenexport bringt ausserordentlich hohe Devisenmengen ins Land. Bei einem gesamtpolnischen Jahresexport von 9 bis 10 Mill. Tonnen nach den unrentablen Märkten und einem durchschnittlichen Fobpreis von 21 zł (wovon die Gruben nur 10,50 zł erhalten) betragen die Deviseneingänge aus diesem Teil der Kohlenausfuhr jährlich 190 bis 210 Mill. zł. Dieser Posten ist durch keinen anderen Ausfuhrartikel zu ersetzen. Die Ausfuhr der Eisenindustrie ist infolge des Aufhörens der Sowjetbestellungen, diejenige der Zinkindustrie auf Grund der Einschränkungen des Internationalen Zinkkartells, die Holzausfuhr durch die Sperre der deutschen Grenzen und die Sowjetkonkurrenz, die Textilausfuhr durch die **Entwertung des englischen Pfundes** einem starken Schwund ausgesetzt, der die Erzielung eines derartigen Mehrwertes durch Export undenkbar macht. Wohl oder übel wird also an dem Schleuderexport festgehalten werden müssen, solange nicht eine internationale Kohlenverständigung besteht. Eine solche liegt aber gerade jetzt, wo England mit einer starken Begünstigung seiner Ausfuhr durch die Pfundentwertung rechnet, die allerdings erst nach Ablauf der alten Verträge realisiert werden wird, noch in weiter Ferne.

Von den Aktiengesellschaften

„Zegluga Polska"

Ueber die 6jährige Tätigkeit der staatlichen polnischen Schiffahrtsgesellschaft „Żegluga Polska" berichtet ausführlich die polnische Presse. Am 6. Januar 1927 wurde das erste Schiff „Wilna" in Dienst gestellt. Dann folgten vier weitere Frachtschiffe „Kattowitz", „Posen", „Krakau" und „Thorn". Die Schiffe hatten rund je 3000 t. Als weitere Schiffe erwarb die Gesellschaft „Niemiec" und „Wisła", je 5000 t, das Kriegstransportschiff „Warta" (4200 t), die Frachtdampfer „Tozen" (1000 t) und „Chorzow" (1350 t). An Passagierschiffen wurden in Dienst gestellt „Gdańsk" und „Gdynia" (550 t), „Wanda" und „Jadwiga" (270 t) und der Raddampfer „Hanka", ein altes Danziger Schiff von 50 t. Die Żegluga Polska hat sich dann beteiligt an der Organisierung der „Polnisch-Britischen Schiffahrtsgesellschaft", „Polnisch-Transatlantischen Schiffahrtsgesellschaft" und der „Polnischen Seeagentur". Augenblicklich hat die Gesellschaft auf einer dänischen Werft zwei Schiffe in Neubau liegen.

Kleine Meldungen

Polnisches Salz für Afrika

Aus dem Gdingener Hafen ist dieser Tage ein Salztransport abgegangen, der für afrikanische Häfen bestimmt ist.

Um eine polnische Konfektionsausfuhr nach Indien

In Anbetracht des Boykotts englischer Textilwaren in Indien und im Zusammenhang mit der Einbringung eines Gesetzentwurfes der polnischen Regierung in den Sejm über die Ratifizierung des Handelsvertrages mit Indien, unternahm die Lodzer Industrie- und Handelskammer Bemühungen, um die Ausfuhr von Textilwaren nach Indien zu vergrössern. Zu diesem Zweck wandte sich die Kammer an alle anderen polnischen Kammern mit der Bitte um Angaben, die ein genaues Bild über die Exportmöglichkeiten von Konfektionswaren ergeben sollen. Für die Ausfuhr dieser Waren nach Indien haben sich schliesslich auch Hamburger Exportfirmen interessiert, deren Vertreter letztens in Lodz weilten. Die Entwicklung der polnischen Konfektionsausfuhr würde ganz erheblich durch die Schaffung einer Schiffahrtslinie zwischen Gdingen und einem südasiatischen Hafen gefördert werden. Es käme hier die Gründung einer rein polnischen oder polnisch-französischen bzw. polnisch-holländischen Linie in Frage.

Erneuertes Heizkörper-Syndikat

Das vor einem Jahre aufgelöste Syndikat der Produzenten gusseiserner Heizkörper in Polen ist nunmehr erneuert worden; ihm gehören an die Starachowicer Werke, J. John in Lodz, St. Weigt i Ska in Lodz, die Ges. Poln. Mechaniker aus Amerika in Warschau, Rohn, Zieliński i Ska in Warschau und die „Kamienna" in Warschau. Das Syndikat wird wieder ein gemeinsames Verkaufsbüro errichten.

Das Syndikat der Produzenten von Landwirtschaftsmaschinen

Das Verkaufsbüro des neugebildeten Syndikats der Produzenten landwirtschaftlicher Maschinen in Warschau, Chmielna 26, hat seine Tätigkeit aufgenommen. Von den sechs grossen Firmen, die sich dem Syndikat angeschlossen hatten, ist jedoch inzwischen die M. Wolski i Ska A.-G. in Lublin zahlungsunfähig geworden.

Die Einfuhrverbote für Oele und Fette

Im Wirtschaftsbericht der amtlichen Telegraphenagentur wird unter dem obenstehenden Titel geschrieben, dass das kürzlich erlassene Einfuhrverbot für Oele und Fette die einheimische Fettindustrie in eine günstige Lage versetzt habe. Dagegen befinde sich ein grosses deutsch-holländisches Konsortium, welches seine Produktion auf ausländische Rohstoffe stütze, in einer schwierigen Lage, da es nicht imstande sei, die Produktion ohne weiteres auf die Verarbeitung von polnischen Rohstoffen umzustellen.

Das deutsch-holländische Konsortium soll beabsichtigen, demnächst eine gemeinsame Konferenz aller Industriezweige, die sich mit der Verarbeitung von Fetten und Oelen befassen, zu organisieren, deren Aufgabe es sein solle, bei den polnischen Zentralbehörden eine Aufhebung der Einfuhrverbote zu beantragen. Ob dies gelingen werde, sei allerdings fraglich.

Polens Elektrifizierung

Das Programm für die nächsten 10 Jahre

Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat das Elektrifizierungsprogramm bis zum Jahre 1940 aufgestellt. In das Programm sind nur die dringendsten Arbeiten aufgenommen worden. Insgesamt sollen nach dem Programm 825 Mill. zł investiert werden, wobei die Leitungsnetze für Mittel- und Tiefspannung nicht berücksichtigt sind.

Einleitend wird gesagt, dass das Programm infolge der ausserordentlichen Unterschiede des Energieverbrauches in den einzelnen Gebieten des Staates ausschliesslich diejenigen Gebiete umfasse, die für eine Elektrifizierung in grösserem Massstabe reif geworden seien. Es handele sich in erster Linie um solche Gebiete, deren wirtschaftliche Struktur den Bau von Ueberlandzentralen ermögliche. Das Programm sieht neun Bezirke vor, und zwar Warschau, Lodz, Czenstochau, Kohlengebiet Krakau, Radomsko-Kielce, Naphthagebiet Lemberg, Posen und Pommerellen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die östlich von Posen und Pommerellen gelegenen Kreise zu einem 10. Elektrifizierungsgebiet, mit den Städten Włocławek und Plock an der Spitze, zusammengefasst werden. Nach dem Programm sollen vier Wasserkraftwerke, und zwar in Roznow, Porabka, Myszkowce und Solin gebaut werden und die Verwendung von Erdgas durch das Elektrizitätswerk in Mościce versucht werden. Ferner wird der Ausbau der Elektrizitätswerke in Posen, Borysław und evtl. auch in Warschau und Lodz ins Auge gefasst.

Das Programm teilt die Elektrifizierungsgebiete nach der Dringlichkeit der durchzuführenden Arbeiten ein. An erster Stelle werden Radomsko-Kielce und Mościce genannt. Nach einer Statistik des Ministeriums für öffentliche Arbeiten für das Jahr 1929 bestehen in den genannten drei Bezirken 160 Elektrizitätswerke mit einer Leistungsfähigkeit von 330 000 KW. Der Bedarf an elektrischem Strom im Jahre 1940 wird in diesen Bezirken auf 419 Mill. KWh. geschätzt.

Für den Bau von Elektrizitätsleitungen in dem Bezirk Radomsko-Kielce sind 30,7 Mill. und für Mościce 13 Mill. zł veranschlagt. Von den Wasserkraftwerken soll zuerst das Werk in Roznow, und zwar mit einem Kostenaufwand von 5,46 Mill. zł gebaut werden.

Auf Grund dieser Pläne wird das Ministerium für öffentliche Arbeiten erneut mit den an der Ausführung der Aufträge interessierten In- und ausländischen Gruppen verhandeln. Nach den bisherigen Informationen sollen die Schweizer Angebote die grösster Aussichten haben.

Zwangsweise Zins- und Preissenkung auch in Danzig

In Anlehnung an die IV. deutsche Notverordnung hat der Danziger Senat in einer Sonderverordnung bestimmt, dass die Zinsen für Hypotheken, Pfandbriefe usw. um 25 Prozent gesenkt werden. Die Hypothekenforderungen werden bis Ende 1933, gegebenenfalls bis 1935 gestundet. Die Senkung der bankmässigen Zinsen und Provisionen unterliegt ebenfalls einer Restriktionspflicht. Ferner wird durch eine weitere Verordnung bestimmt, dass die am 1. April 1932 gesetzlich festgelegten Mietserhöhungen von 115 auf 120 Prozent der Friedensmiete nicht in Kraft treten. Darüber hinaus werden die Mieten in Neubauten in einem Masse gesenkt, dass unter Berücksichtigung der Zinssenkung den Besitzern der Neubauten eine Rentabilität noch gewährleistet wird. Die weiteren Bestimmungen betreffen eine Preissenkung für Artikel des täglichen Bedarfs und den Schutz gegen Zwangsversteigerungen.

Gdingen hat alle deutschen Ostseehäfen überflügelt

Der Gdinger Hafen hat im abgelaufenen Jahre eine so stark fortschreitende Entwicklung genommen, dass er alle reichsdeutschen Ostseehäfen im Warenverkehr überflügelt und unter sämtlichen Ostseehäfen überhaupt nach Stockholm, Kopenhagen und Danzig an vierter Stelle steht. Im Jahre 1930 wurden in Gdingen 5 300 330 t Ware umgesetzt, gegenüber 3 624 464 t im Jahre 1930 und 2 492 858 t im Jahre 1929. Auf die Ausfuhr entfielen im Jahre 1931 4 741 463 t gegenüber einer Einfuhr von 558 560 t.

Die Hauptpositionen der Einfuhr waren im vergangenen Jahre: Eisenbruch 331 900 t, Reis 75 240 t, Thomasschlacke 71 204 t, Phosphorite 13 076, Salpeter 4016, Erz 21 752, Baumwolle 6063 und andere Waren 35 310 t. Der Export umfasste hauptsächlich folgende Waren: Exportkohle 4 167 047 t, Bunkerkohle 206 046, Koks 10 060, Zucker 115 530, Reis und Reisprodukte 26 300, Roggen 18 800, Kartoffeln 16 000, Bacons 51 820, Wurstwaren 7608, Eier 5600, künstliche Düngemittel 41 430, Holz- und Holzerzeugnisse 27 750, Zinn 15 142, Schienen 10 290, Textilwaren 3120, Papier 200 und andere Waren 17 020 t.

Im Vergleich zum Jahre 1930 vergrösserte sich die Einfuhr von Eisenbruch um 57 500 t, von Reis um 28 400 t und von Baumwolle um 5500 t. Es verringerte sich die Einfuhr von Erz und künstlichen Düngemitteln, was auf einen Zurückgang der Produktionstätigkeit in der Eisenindustrie und der Landwirtschaft hinweist. Beim Export vergrösserte sich erheblich die Kohlenausfuhr, und zwar um 1 420 000 t, ferner die Zuckerausfuhr um 26 765 t, die Ausfuhr von Reis und Reisprodukten um 10 840 t, von Bacons um 40 600 t, ferner wurde mit dem Export von Massengütern begonnen, wie künstliche Düngemittel, Holz, Zink, Schienen, Kartoffeln usw.

Einschliesslich des Warenumschlages in Danzig belief sich der Umsatz über die Häfen des polnischen Zollgebietes im abgelaufenen Jahr auf 13 Mill. t, was etwa 60 Prozent des gesamten polnischen Aussenhandels ausmacht.

Die Seifenindustrie für Fortsetzung der Rohstoffeinfuhr aus Deutschland

Im Zusammenhang mit den jüngsten Einfuhrverboten, unter die u. a. auch pflanzliche Fette und Oele fallen hat die Seifenindustrie in einer Denkschrift an das Handelsministerium den Wunsch geäussert, dass die Ausführung der bereits abgeschlossenen Verträge über die Lieferung dieser Rohstoffe aus Deutschland wenigstens für die Dauer einer dreimonatlichen Uebergangsperiode sichergestellt werden möge, was sowohl aus Prestige- wie Kreditgründen notwendig sei. Im übrigen wird in der Denkschrift darauf hingewiesen, dass sich der Transit über Deutschland billiger und schneller gestalte. Die Denkschrift verlangt ferner, dass das gesamte polnische Einfuhrkontingent für pflanzliche Fette und Oele dem Mindestbedarf der Seifenindustrie entsprechend auf etwa 2200 t monatlich festgesetzt werden soll. Es sei wünschenswert, dass das Gesamtkontingent entgegen der bisherigen polnischen Reglementierungspraxis nicht im voraus auf die einzelnen Länder verteilt, sondern den Importeuren im Interesse der Verbilligung der Rohstoffbezüge die freie Wahl der Lieferländer belassen wird. Als den zulässigen Höchstsatz der Manipulationsgebühr für Einfuhrbewilligungen bezeichnet die Denkschrift 2 Prozent vom Fakturapreis.

Märkte

Getreide. Posen, 18. Januar. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań.

Transaktionspreise:

Roggen 565 to	27.25
Weizen 90 to	24.75

Richtpreise:

Gerste 64—66 kg	20.25—21.25
Gerste 68 kg	22.00—23.00
Braugerste	24.50—25.50
Hafer	21.50—22.00
Roggenmehl (65%)	37.00—38.00
Weizenmehl (65%)	35.75—37.75
Weizenkleie	14.00—15.00
Weizenkleie (grob)	15.00—16.00
Roggenkleie	15.75—16.25
Raps	32.00—33.00
Viktoriaerbsen	24.00—28.00
Folgererbsen	29.00—32.00
Senf	33.00—40.00

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 15 to., Weizen 25 to. Absatz von Weizen erschwert.

Danzig, 16. Januar. Amtliche Notierung für 100 kg. Roggen z. Export 15.60, Gerste feine 14.50 bis 15.50, Gerste mittel 14—14.50, Futtergerste 13.50, Viktoriaerbsen 15—17, grüne Erbsen 18—22, Roggenkleie 9—9.50, Weizenkleie 9—9.50. Zufuhr nach Danzig: Weizen 2, Roggen 24, Gerste 35, Hülsenfrüchte 5, Saaten 6.

Produktenbericht. Berlin, 16. Januar. Ruhig, aber stetig. Während gestern abend auf Grund lebhafterer Nachfrage für rheinische Rechnung noch eine merkliche Befestigung eingetreten war, die bei Weizen in Preissteigerungen von 2 Mark, bei Roggen von 1 Mark zum Ausdruck kam, machte sich zu Beginn der Wochenschlussbörse wieder eine Beruhigung geltend. Die höchsten Preise des Vormittagsverkehrs waren zunächst nicht behauptet. Am Lieferungsmarkt setzte Weizen bis eine halbe, Roggen 1 Mark fester ein. Im Verlaufe waren aber wieder höhere Gebote erhältlich. Die Umsatztätigkeit hielt sich in engen Grenzen, die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung wurde dagegen lebhaft erörtert. Am Promptmarkte war das Angebot von Weizen und Roggen ziemlich gering, für Weizen wurden etwa gestrige Mittagspreise, für Roggen 1 Mark höhere Forderungen bewilligt. Weizen- und Roggenmehle haben bei behaupteten Preisen kleines Bedarfsgeschäft. Hafer und Gerste liegen bei mässigem Angebot ruhig, aber gut stetig. Für Weizen- und Roggenexportscheine nannte man etwa gestrige Preise.

Berlin, 16. Januar. Getreide und Oelsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen märk. 224—226, Lieferung März 239.50—240.75, Lieferung Mai 247.50—249, Roggen märk. 196—198, Lieferung März 209, Lieferung Mai 213—213.75, Braugerste 160—170, Futtergerste 155—160, Hafer märk. 135 bis 143, Lieferung März 155.25, Lieferung Mai 163, Weizenmehl 27.50—31.25, Roggenmehl 27—29.25, Weizenkleie 9.60—10, Roggenkleie 9.60—10, Viktoriaerbsen 21—27.50, kleine Speiseerbsen 21.50—24, Futtererbsen 15—17, Peluschken 16—18, Ackerbohnen 14 bis 16, Wicken 16—19, blaue Lupinen 10—12, gelbe Lupinen 14—15.50, Seradella 22—27, Leinkuchen 11.90 bis 12, Trockenschnitzel 6.50, Soyaschrot 10.60, Kartoffelflocken 12.10—12.30.

Vieh und Fleisch. Warschau, 16. Januar. Schweinefleisch Lebendgewicht für 100 kg in Złoty loko Warschau nach der Fleischbörse: Fettschweine von 150 kg aufwärts 90—100, 130—150 kg 80—85, Fleischschweine von 110 kg 70—80. Aufgetrieben wurden 1459 Stück, übriggeblieben sind 393 Stück. Tendenz: fallend.

Fische. Warschau, 16. Januar. Auf dem Fischmarkt wurde für 1 kg lebende Karpfen im Grosshandel franko Warschau 2.50 zł gezahlt; im Kleinhandel in den Mirowskischen Hallen für 1 kg in Złoty: lebende Karpfen 2.80—3, tot 2, lebende Schleie 2.50, tot 2, lebende Karauschen 3—4, tot 2—3, Lachse 4.50—5, russische Zander auf Eis 3—3.50, Bleie 3, Wels in Stücken 3—4, Hechte tot 3—4, Heringe 0.80 bis 0.90. Tendenz fester für Karpfen, Lachse und Hecht, im übrigen behauptet.

Posener Börse

Posen, 18. Januar. Es notierten: 5% Konvert.-Anleihe 39.50 G (39.25), 8% Dollarbr. d. Pos. Landsch. 69 G (69), Amorti.-Briefe 68 G, 4% Konvert.-Pfandbr. d. Pos. Landsch. 28 G, 6% Roggenbr. d. Pos. Landsch. 13.50 +, Invest.-Anleihe 81 G (80). Tendenz: etwas fester.

G = Nachfrage, B = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.

Danziger Börse

Danzig, 16. Januar. Scheck London 17,87, Dollarnoten 5.12¼, Reichsmarknoten 121¾, Złotynoten 57,48½.

Im heutigen Devisenverkehr war das englische Pfund behauptet, Scheck London notierte amtlich 17.85 bis 89. Reichsmarknoten lagen international fester und waren, ebenso wie Auszahlung Berlin, im Freiverkehr mit 121—122½ zu hören. Dollarnoten wurden schwächer mit 5.11¾—12¾ genannt, während Kabel New York 5.13½ notierten. Der Złoty war auf die Abschwächung des Dollar ebenfalls rückgängig bis auf 57.43—54 für Noten und 57.43—54 für Auszahlung Warschau.

Warschauer Börse

Warschau, 16. Januar. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.91, Goldrubel 507.50—507.00, Tscherwonez 0.31½ Dollar, deutsche Mark (Gold) 211.50, Devise 211.80—211.90, englisches Pfund 31,00.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgrad 15.79, Berlin 211.85, Bukarest 5.33, Helsingfors 12.90, Kopenhagen 170.50, Oslo 168.00, Sofia 6.47, Stockholm 171.50, Montreal 7,47.

Effekten.

Es notierten: 3% Prämien-Bauanleihe (Serie I) 32 (32.25), 4% Prämien-Dollar-Anleihe (Serie III) 44 (43.50—44), 5% Staatl. Konvert.-Anleihe 40.50—40 (—), 6% Dollar-Anleihe 55.50 (56), 7% Stabilisierungs-Anleihe 54.50 (54.50).

Bank Polski 102 (103), W. T. F. Cukru 17.50 (19.50), Lilpop 13 (13.25), Starachowice 5 (7). Tendenz: schwächer.

Amtliche Devisenkurse

	16. 1. Geld	16. 1. Brief	15. 1. Geld	15. 1. Brief
Amsterdam	357.90	359.70	357.55	359.35
Berlin *)	212.10	213.60	212.30	213.72
Brüssel	123.74	124.36	123.74	124.36
London	31.03	31.33	31.18	31.48
New York (Scheck)	8.899	8.939	8.901	8.941
Paris	34.97	35.15	34.93	35.11
Prag	26.36	26.48	26.35	26.47
Rom	45.17	45.63	—	—
Danzig	173.42	174.28	—	—
Stockholm	—	—	172.15	173.85
Zürich	173.87	174.73	173.52	174.38

Tendenz Schweiz und Paris anziehend; London schwächer.

Berliner Börse

Amtliche Devisenkurse

	16. 1. Geld	16. 1. Brief	15. 1. Geld	15. 1. Brief
Bukarest	2.517	2.523	2.517	2.523
London	14.63	14.67	14.69	14.73
New York	4.209	4.217	4.209	4.217
Amsterdam	168.18	169.52	168.98	169.32
Brüssel	58.49	58.61	58.39	58.51
Budapest	59.94	60.06	59.94	60.06
Danzig	81.87	82.03	81.87	82.03
Helsingfors	6.074	6.086	6.054	6.066
Italien	21.18	21.22	21.28	21.32
Jugoslawien	7.433	7.447	7.433	7.447
Kaunas (Kowno)	41.98	42.06	41.98	42.06
Kopenhagen	80.62	80.78	80.72	80.88
Lissabon	13.34	13.36	13.34	13.36
Oslo	79.32	79.48	79.42	79.58
Paris	16.53	16.57	16.49	16.53
Prag	12.465	12.485	12.465	12.485
Schweiz	82.12	82.28	81.92	82.08
Sofia	3.057	3.063	3.057	3.063
Spanien	35.66	35.74	35.66	35.74
Stockholm	81.02	81.98	80.92	81.08
Wien	49.95	50.05	49.95	50.05
Tallin	111.69	111.91	111.69	111.91
Riga	80.92	81.08	80.92	81.08

Ostdevisen. Berlin, 16. Januar. Auszahlung Posen 47.10—47.30 (100 Rm. = 211.42—212.31), Auszahlung Kattowitz 47.10—47.30, Auszahlung Warschau 47.10—47.30; grosse polnische Noten 46.95—47.35.

Sämtliche Börsen- u. Marktnotierungen sind ohne Gewähr

Der Gnesener „Kuerten"

Im Februar beginnt der Prozeß

× **Gnesen,** 16. Januar. Anfang Februar wird vor dem hiesigen Bezirksgericht die Verhandlung gegen Konstanty Stawniak, dem man den Beinamen „der Gnesener Kuerten" gegeben hat, stattfinden. Stawniak werden Vergehen gegen die Paragraphen 73, 177 und 211 des Strafgesetzbuchs zur Last gelegt. U. a. soll er am 2. September Monika Andrzejewska vergewaltigt und dann vorsätzlich getötet haben. Mit Stawniak steht die Dirne Klara Jarecka vor Gericht, der vorgeworfen wird, daß sie durch List die Andrzejewska herbeilockte, um sie Stawniak auszuliefern. Das sind Vergehen gegen die Paragraphen 180 und 181 des Strafgesetzbuchs. Zu der Verhandlung, die nicht nur in Gnesen Aufsehen erregt hat, sind 42 Zeugen geladen worden. Stawniak droht die Todesstrafe durch Erhängen, der Jarecka Zuchthaus bis zu fünf Jahren. Der Zutritt wird für das Publikum nur gegen Karten gestattet sein.

Brudermord bei Gnesen

× **Gnesen,** 18. Januar. **In Strychowo wohnt eine Familie Latała, die eine größere Wirtschaft besitzt. Wegen Teilung des Vermögens innerhalb der Familie lagen die Brüder Jan und Władysław seit längerer Zeit im Streit. Es kam zu häufigen Zänkereien, bis schließlich die Sache vor das Gericht gebracht wurde. Die Verhandlung vom 12. Januar brachte nun ein Urteil zugunsten des Jan Latała. Das konnte Władysław nicht verschmerzen und erschlug am darauffolgenden Tage seinen Bruder während eines neuen Zanks, der in eine Schlägerei ausartete, mit einem Stein, den er ihm an den Kopf warf. Jan fiel besinnungslos zu Boden und verstarb tags darauf im Krankenhaus. Der Täter wurde verhaftet.**

Drei feine Brüder

l. **Wongrowitz,** 18. Januar. Der Nachtwächter Mikołajczak vom Dominium Zakrzewo, der auf einem Patrouillengang in einer der letzten Nächte drei Banditen beim Diebstahl überraschte, wurde von diesen mit einem Revolver beschossen und erheblich verletzt. M. jedoch, dem die Banditen bekannt vorkamen, gelang es am folgenden Tage mit Hilfe der Polizei das Kleeblatt zu ermitteln. Es waren drei Gebrüder Juków im Alter von 19 bis 31 Jahren. Bei einer Haussuchung fand man den Revolver, sowie 15 Ztr. Weizen, der auf dem Gutsspeicher gestohlen wurde. Die nächtlichen Helden wurden verhaftet und in das Gerichtsgefängnis gebracht.

l. **Obornik,** 17. Januar. In einer der letzten Nächte wurde der Kaufman Roman Fromm von Einbrechern schwer geschädigt. Die Banditen, die sich durch ein Fenster zum Geschäft Eingang verschafft hatten, packten große Mengen Herrenartikel im Gesamtwerte von über 500 Złoty ein. Aus der Ladenkasse stahlen sie 50 Złoty Bargeld. Die Banditen entkamen mit ihrer reichen Beute unerkannt.

Inowrocław

z. **Sitzung des Landwirtschaftlichen Vereins „Kujawien".** In der letzten Monatssitzung des Landwirtschaftlichen Vereins „Kujawien" e. V. unter Vorsitz des Herrn Stübner-Wierzchosławice las Herr Geschäftsführer Klose den Jahresbericht für das Jahr 1931 vor, der von den Anwesenden einstimmig angenommen wurde. Danach fanden die Neuwahlen des Vorstandes, die alle fünf Jahre vorgenommen werden, statt. Es wurden folgende Herren gewählt: Als Vorsitzender Herr Stübner-Wierzchosławice, stellvertretender Vorsitzender v. Beyme-Orłowo, als Schriftführer die Herren Klose-Inowrocław, Erxleben-Skalmierowice, Naue-Inowrocław, Milbradt-Mierucin, Zühlke-Rojewice, Müller-Racice, Hempel-Dobrogoszyce, v. Gierke-Lojewo, Mutschler-Wonorze, Wurtz-Sławs dolny, Dehnke-Jestorki. Nach den Wahlen sprach Herr Schreiber-Rybitwy über die Lage im Braugerstenverbande. Er wies darauf hin, daß möglichst wenig Sorten Gerste angebaut werden sollen, nicht mehr wie 3 bis 4 Sorten, statt der bisherigen 18 Sorten, da dies den Export nach dem Auslande erschwert. Eine lebhafte Aussprache über das Gehörte bildete den Schluß der Sitzung.

z. **Auf der Straße von einem Kinde entbunden.** Das unverehelichte Dienstmädchen Aniela Tlusta aus Bystrzycz, Kr. Mogilno, die kurz vor der Entbindung stand, wollte sich in das Mogilnoer Krankenhaus begeben, kam aber nicht mehr bis dorthin. Einige Schritte vom Krankenhause entfernt, wurde sie von der Niederkunft überrascht und gab auf der Straße einem Kinde das Leben. Einige Minuten danach wurden Mutter und Kind im Krankenhause untergebracht.

z. **Feuer im Kreise Strelno.** Am Sonntag, dem 10. Januar, entstand auf dem Anwesen des Landwirts Andrzej Sztube in Dobska, Kreis Strelno, ein Feuer, durch welches die Scheune mit sämtlichem landwirtschaftlichen Inventar vernichtet wurde. Der Schaden beträgt 22 000 Złoty. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt.

Samotschin

l. **Goldene Hochzeit.** In seltener geistiger und körperlicher Frische feierte vor einigen Tagen der Fleischer Albrecht mit seiner Ehefrau das seltene Fest der Goldenen Hochzeit. Das Paar lebt seit mehreren Jahren im Ruhestand und erfreut sich hier und weit über unsere Grenzen hinaus der größten Achtung. Seitens der Kirchengemeinde wurden dem greisen Paare zahlreiche Ehrungen zuteil.

Jarotschin

× **Arbeitslosenunwesen.** Am 14. d. Mts. kam es vor dem Rathause bei dem Arbeitsnachweis zu Ausschreitungen der Arbeitslosen, die ein Eingreifen der Polizei erforderlich machten. Nach kurzer Zeit schon konnte die Ruhe wiederhergestellt werden. Die Haupträdelsführer Dalke und Nowicki wurden verhaftet.

× **Gerichtswesen.** Am 10. März d. Js., vorm. 10 Uhr, gelangt das in Kotlin gelegene Grundstück der Anna Kazmierczak zur Zwangsversteigerung. Das Grundstück ist in den Grundakten Kotlin Nr. 64 eingetragen. Das Objekt besteht aus einem Hause, einem Anbau, einem Stalle und einer Fläche von 20 Ar Land. Nähere Auskünfte sind im hiesigen Amtsgericht im Zimmer 9 zu haben.

Wreschen

□ **Schadenfeuer.** In Neudorf Królewski brannte die Scheune des Landwirts Józef Brzemer nieder. In der Scheune waren Getreidevorräte und landwirtschaftliche Maschinen. Gerettet konnte nichts werden. Der Schaden geht über 60 000 Złoty hinaus. Wie das Feuer entstanden ist, weiß man bisher noch nicht.

Rawitsch

□ **Abschiedsfeier für Oberpfarrer Student.** Der gestrige Hauptgottesdienst in der evangelischen Kirche galt als Abschiedsfeier für Oberpfarrer Student, der als Superintendent nach Birnbaum geht. Das weite Gotteshaus war bis auf den letzten Platz besetzt. Jedes Gemeindeglied wollte durch seine Anwesenheit die Verbundenheit mit dem Scheidenden bekunden. Vor dem mit Blumen und Grün geschmückten Altar hatten die kirchlichen Körperschaften Platz genommen. Posaunen- und Kirchenchor verschönten die Feier. Schwer wurden dem Scheidenden die Worte, als er der 21 Jahre seines hiesigen Amtes gedachte, einer Zeit, die so reich war an erschütternden Ereignissen, des Kriegsausbruchs, des Kirchenbrandes 1915, des Umsturzes, der massenhaften Abwanderung usw. Jedem einzelnen wurde klar, daß der Abschiednehmende ein Stück unseres Rawitsch ist und mit der Gemeinde verwachsen bleibt, da er sie in der heutigen Form aufbaute und festigte. Kirchenältester, Fabrikbesitzer Linz, sprach nach Schluß des Gottesdienstes in der Sakristei Oberpfarrer Student den herzlichsten Dank der Gemeinde für die segensreiche Arbeit aus.

Wollstein

* **70. Geburtstag.** Am 11. Januar beging Herr Direktor Walter seinen 70. Geburtstag. Herr Direktor Walter, welcher 50 Jahre Leiter der städtischen Kasse war und sich seit kurzem im wohlverdienten Ruhestand befindet, erfreut sich großer Wertschätzung, die an seinem 70. Geburtstage wieder beredten Ausdruck fand. Ihm wurden eine Fülle von Gratulationen von nah und fern zuteil.

Pferd und Wagen gestohlen

z. **Inowrocław,** 18. Januar. **In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag drangen unbekannte Diebe bei dem Landwirt Friedrich Kelm in Sadłogoszcz ein und stahlen ein Paar Pferde mit Geschirre sowie einen Arbeitswagen. Da sie aber durch das schnelle Fahren auf der Chaussee ein Rad verloren, mußten sie den Wagen auf der Chaussee stehen lassen. Die Beute brachte sie nun mit den Pferden fort. Doch offenbar haben sie hier Schwierigkeiten gehabt, da sie nach einem anderen Wagen Umschau hielten. Sie fanden auch einen solchen bei dem Landwirt Kulina in Wolice. Hier hatten sie aber kein Glück und wurden überrascht. Um überhaupt das Weite suchen zu können, mußten sie nun auch noch die Pferde im Stiche lassen, da von dem Besitzer einige Schüsse abgegeben wurden. Am anderen Morgen wurden Pferde und Wagen gefunden und konnten dem Eigentümer wieder zugestellt werden. Nach den Dieben wird gefahndet.**

Der Tod im Eise

z. **Inowrocław,** 17. Januar. Im Dorfe Kamionka, Kreis Mogilno, ereignete sich am Mittwoch gegen ½6 Uhr abends folgender trauriger Unglücksfall. Der 20jährige Viktor Klimacki wollte nach Kamieniec, wobei er, um sich den Weg abzukürzen, mit Schlittschuhen über den See fuhr. Als er in der Mitte des Sees angelangt war, brach plötzlich das Eis. K. versank sofort in den kalten Fluten und ertrank. Trotz sofortiger Nachforschungen von Fischern konnte die Leiche des Ertrunkenen erst am anderen Tage geborgen werden.

Das Leben des Menschen

Das große Werk von Dr. Fritz Kahn „Das Leben des Menschen" liegt fertig vor. Eine bis in die Vorkriegszeit zurückreichende Arbeit, außerordentlich durch das Ziel, das sie sich gesteckt hat, außerordentlich durch die Mühe, die sie verursachte, außerordentlich auch durch den Erfolg, den sie brachte, hat ihren Abschluß gefunden.

Der unermüdliche Verfasser und die rührige Franckh'sche Verlagshandlung, Stuttgart, verdienen volle Anerkennung dafür, daß es ihnen gelungen ist, trotz den großen Schwierigkeiten wissenschaftlicher, technischer und nicht zuletzt wirtschaftlicher Art, die Vollendung des begonnenen Unternehmens durchzuführen. Wir werden über das große Werk, das eine so unerhörte Fülle wertvollen Wissens und darüber hinaus wahre und echte Bildung vermittelt, noch ausführlich berichten.

Die Kurzeit 1931 in Bad-Nauheim

Durch die Verschlechterung der Wirtschaftslage ist auch in Bad Nauheim ein Rückgang der Besucherzahl gegen 1930 zu verzeichnen, der 20 Prozent beträgt. Im ganzen hatte das Bad 31 216 Besucher, die in 24 568 Kurgäste und 6648 Passanten zu scheiden sind. (1930: 31 632 Kurgäste, 7183 Passanten.) Als Vergleichszahl aus der Vorkriegszeit ist das Jahr 1913 mit einem Gesamtbesuch von 34 951 Kurgästen und Passanten gegenüberzustellen. In Prozenten ausgedrückt, ergeben die Besucherzahlen im Jahre 1931 für Kurgäste 78,7 Prozent und für Passanten 21,3 Prozent. An Ausländern beherbergte Bad Nauheim 5425; diese Zahl bedeutet gegen 1930 eine Verringerung um 17,6 Prozent. Der Verlust verteilt sich auf fast alle Länder. Ein geringer Zugang ist nur bei England und Schweden zu buchen. Während im Jahre 1930 von dem Gesamtbesuch 17 Prozent auf Ausländer fielen, betrug dieser Anteil 1931 17,4 Prozent. Im letzten Friedensjahre 1913 betrug der Anteil der Ausländer 28 Prozent, wobei der damals bedeutende Anteil Rußlands zu berücksichtigen ist.

Die Uebernachtungszahlen der Kurgäste und Passanten beziffern sich 1931 auf 730 155 gegen 935 161 im Jahre 1930. Auf Kurgäste entfallen davon 714 598 Uebernachtungen und zwar auf Deutsche 592 582 und auf Ausländer 122 016. Die durchschnittliche Uebernachtungsziffer aller Kurgäste beträgt 29,06 gegen 29 im Vorjahre und zwar bei deutschen Kurgästen im Jahre 1931 29,03, bei ausländischen 29,65 Uebernachtungen. Diese unverändert hohe durchschnittliche Aufenthaltsdauer beweist wieder die Bedeutung Bad Nauheims als Heilbad. Auf Passanten kommen 15 557 Uebernachtungen gegen 16 802 im Vorjahre, davon im Jahre 1931 12 172 für Deutsche und 3385 für Ausländer. Die Durchschnittszahl für Uebernachtungen aller Passanten beträgt 2,34 gegen 2,33 im Jahre 1930, die Durchschnittszahl im Jahre 1931 für deutsche Passanten 2,26 und für ausländische 2,58 Uebernachtungen. Die durchschnittliche Uebernachtungszahl des letzten Friedensjahres 1913 belief sich bei Kurgästen auf 31,39 und bei Passanten auf 3,13 Nächte. Unter den deutschen Besuchern stellt den Hauptteil Westdeutschland mit 34,7 Prozent, unter den Ausländern steht Nordamerika an der Spitze mit 21,5 Prozent, dann folgen Holland mit 13 Prozent und England mit 12 Prozent. Die höchste Zahl der gleichzeitig anwesenden Kurgäste betrug am 21. Juni 4979 Personen. Dem Bilde der Frequenz entsprechen auch die Bäderzahlen. Im Jahre 1931 wurden 332 584 Bäder abgegeben gegen 426 237 im Jahre 1930.

nationaldemokratische Abgeordnete Rymar wies auf eine Reihe von Vorgängen hin, wo die Tätigkeit von Oppositionsparteien durch Ueberfälle usw. mit Gewalt unterbunden wurde, ohne daß die Polizei einen Finger rührte. Auch der Abgeordnete Poljan von den Christl. Demokraten und der Abgeordnete Swiatkowski führten ähnliche Fälle an und kritisierten außerdem das neue Selbstverwaltungsgesetz. Die Abgeordneten Duch und Polakiewicz vom Regierungsblock verteidigten die Ausführungen des Innenministers. Der Abgeordnete Rosmarin vom Jüdischen Klub bringt in einer längeren Rede die Klagen der jüdischen Bevölkerung vor und stellt fest, daß gegenüber den Juden die Regierung außerordentlich reaktionär war, da sie die aufgeklärten Schichten übergehe und sich auf die unaufgeklärten Massen stütze. Die Regierung stehe unter dem ständigen Druck der Furcht davor, was die Nationaldemokraten sagen oder derjenige Teil der Bevölkerung, der von den Nationaldemokraten in seiner Stellungnahme zur jüdischen Bevölkerung terrorisiert wird. Weiterhin zählt der Redner eine Reihe von Uebergriffen auf, die sich besonders die Starosten gegenüber der jüdischen Bevölkerung haben zuschulden kommen lassen. Der Redner erklärt schließlich, daß seine Partei einen Kampf auf Leben und Tod gegen den Kommunismus um die Seele der jüdischen Jugend führe.

Menschliche Fehler und Regierungs-Rechtmäßigkeit

Die Aussprache über die Haushaltsdebatte hatte sich bis nach Mitternacht hingezogen, als Innenminister Pieracki noch einmal das Wort ergriff und sich ausführlich mit einer Reihe der erhobenen Vorwürfe befaßte. Zum Schluß seiner Replik erklärte er unter anderem „Wir würden aufhören, Menschen zu sein, wenn wir nicht Fehler begehen — also auch das Polizeikorps muß Fehler begehen. Wenn ich jedoch von seiten der Oppositionsredner den Vorwurf über Regierungsunrechtmäßigkeit höre, so verstehe ich, daß es sich um einen Unterschied der Ansichten handelt über das Problem der Rechtmäßigkeit zwischen uns, die für sie die Verantwortung tragen, und denjenigen, die in ihr die Einschränkung der freien Auswahl der Mittel im Kampf um die Macht sehen."

Nach längeren Ausführungen des Vizeministers Korsak über das Verhältnis des Innenministeriums zu den Selbstverwaltungen sowie das Regierungsprojekt über Neuregelung der Selbstverwaltungen wurde das Budget des Innenministeriums von der Haushaltskommission um 1 Uhr nachts angenommen und die Sitzung damit beschlossen.

Die Antwort Zaleskis auf die Abrüstungsrundfrage

Warschau, 18. Januar. (Eig. Telegr.)

Die Antwort des Außenministers Zaleski auf die soeben veranstaltete Abrüstungsrundfrage wird nunmehr auf dem Umwege über die französische Presse bekannt. In dieser Antwort stellt Außenminister Zaleski fest, daß es die Pflicht der internationalen Faktoren sei, Mittel und Wege zur Festigung zu suchen, sowie von Möglichkeiten, um alles zu vermeiden, was zur Verbreitung des Mißtrauens und zur Verschlechterung der internationalen Beziehungen beitragen könnte. Der Außenminister knüpft ferner in seiner Antwort an den Vorschlag der polnischen Regierung zur letzten Völkerbundstagung über eine moralische Abrüstung an und spricht sich für die internationale Organisation der gegenseitigen Hilfeleistung der Staaten gegen etwaige Ueberfälle aus. Die Verwirklichung dieser Forderung sei die beste Garantie für einen Erfolg der Abrüstungskonferenz.

Die polnische Delegation für die Abrüstungskonferenz

Warschau, 18. Januar. (Eig. Telegr.).

Die polnische Delegation für die am 2. Februar beginnende Abrüstungskonferenz ist nunmehr festgelegt. Der Delegation werden angehören: Außenminister Zaleski, Brigadegeneral Burchard-Bukacki, der Mitglied des obersten Kriegsrates ist, und der ständige polnische Delegierte beim Völkerbund, Sokal. Zu Vertretern werden eine Reihe polnischer Diplomaten und Militärs bestimmt. Außerdem werden militärische Sachverständige nach Genf entsandt, und zwar als Delegierter des polnischen Flugwesens der Oberst de Baurain, der Stabschef der polnischen Marine Englicht u. a. m.

Erklärung Hitlers an Brüning

München, 18. Januar. Im Anschluß an die Verhandlungen der Reichsregierung wegen der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten hat der Führer der Nationalsozialistischen Partei, Hitler, dem Reichskanzler eine Erklärung übergeben, die nunmehr veröffentlicht wird.

Hitler erinnert zunächst an seine Besprechungen mit dem Reichskanzler, dem Reichsinnenminister und Staatssekretär Meißner, in welchen er seine Bedenken gegen die Absicht der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch Reichstagsbeschluß vorgebracht habe und erklärt, seinen Bemühungen sei es gelungen, einen Weg zu finden, der es ermöglicht haben würde, die Person des Reichstagspräsidenten aus dem peinlichen Zusammenhang mit der bezeichneten Aktion zu bringen. Hitler sei nicht in der Lage, die Aktion des Reichskanzlers als möglich anzusehen, sowohl vom rein verfassungsmäßigen Standpunkt aus, als auch auf Grund einer politischen Ueberprüfung.

Er habe persönlich bezweifelt, daß eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten zulässig ist, wenn in der Verfassung ein wirkliches Fundament staatlichen Lebens erblickt werden soll. Sollte aber trotzdem die Auslegung, daß eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages entgegen den Bestimmungen der Reichsverfassung einer Volksabstimmung gleichzusetzen sei, angenommen werden, dann müsse seines Erachtens zumindest eine selbstverständliche Voraussetzung erfüllt sein: die Zusammensetzung des Reichstages müsse den augenblicklichen und wirklichen Willen des Volkes tatsächlich und erweisbar zum Ausdruck bringen. Alle sonst gegen eine Neuwahl angeführten Gründe innen- und außenpolitischer Natur könnten niemals ein Freibrief zur Verletzung der Verfassung sein.

Zu der Auffassung des Reichskanzlers, daß die schwierigen außenpolitischen Verhandlungen keine innerpolitischen Wahlen vertrügen, bemerkt Hitler, daß das innerpolitische Argument in Deutschland, dessen Gesamtverantwortlichkeit für die Lage des Reiches seit zwölf Jahren man nicht zu bestreiten vermöge, aus inneren politischen Selbsterhaltungsgründen keine Wahlen brauchen könne, während umgekehrt alle außenpolitischen Erwägungen sie gebieterisch erforderten.

Für künftige außenpolitische Erfolge sei unvermeidliche Voraussetzung die innerpolitische Ueberwindung der weltanschaulichen und parteilichen Zersetzungsarbeit, die mit dem November 1918 einst ihr Ziel erreicht und Deutschland dorthin getrieben habe, wo es sich heute befindet. Er, Hitler, sehe daher in jedem Vorgang, der zur Ueberwindung des heutigen Systems führen kann, einen außenpolitischen Gewinn Deutschlands. Er sehe darin die einzige Möglichkeit, die deutsche Nation wieder vom Objekt des außenpolitischen Geschehens zu einem wertvollen Mitglied der zivilisierten Staatengemeinschaft zu machen. Die Frage der außenpolitischen Rehabilitierung Deutschlands sei somit eine Frage der moralischen Rehabilitierung des deutschen Volkes im Innern und damit eine Frage der Ueberwindung des Systems, das in der Geschichte unzertrennlich verbunden sein werde mit der Periode der inneren und damit äußeren Entwertung des Volkes.

Zum Schluß betont Hitler, auch im übrigen sei es noch eine Frage der Moral, ob es erträglich erscheine, jahrelang als Staatsfeinde verfemt zu werden, um dann als Menschen zweiter Klasse plötzlich mit dem Vorantritt bei einer Rettungsaktion beehrt zu werden. Auch aus dieser Empfindung heraus müsse er den Vorschlag des Reichskanzlers ablehnen. „Ich bedauere nochmals," so schließt das Schreiben, „daß in diese Aktion zur Rettung des Systems der Name des Reichspräsidenten einbezogen wurde, für den wir Mitkämpfer des großen Krieges als den Generalfeldmarschall unserer Heere unveränderliche ehrerbietige Dankbarkeit empfinden."

Der Hitler-Brief zur Reparationsfrage

München, 18. Januar. In seinem Brief an den Reichskanzler berührt Hitler auch die Frage der politischen Tribute und erklärt u. a.:

„Ich zweifle keinen Augenblick, daß politische Tribute an der effektiven Zahlungsunfähigkeit, d. h. am tatsächlichen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Nation scheitern können. Ich glaube aber nicht, daß eine solche durch Tatsachen erzwungene Nichterfüllung vorher unterschriebener Verträge ohne weiteres in einen gültigen Rechtszustand verwandelt wird, wenn nicht außer dem politischen Unvermögen des Schuldners politische Zweckmäßigkeiten für die Gläubiger sichtbar werden.

Daß Deutschland heute nicht mehr zahlen kann, ist kein politisches Verdienst irgendeiner Regierung, sondern eine durch eine unvergleichlich fehlerhafte politische Leitung herbeigeführte, mit unfaßbarem Leid und grauenhafter Not verknüpfte Katastrophe. Die Tatsache, daß es gelingt, in 13 Jahren ein gesundes Unternehmen vollständig zahlungsunfähig zu machen, ist keineswegs eine Garantie dafür, daß damit im 14. Jahr ein Wiederaufstieg beginnt. Auf keinen Fall dann, wenn die Männer des Zusammenbruchs, statt mit ihm zu verschwinden, auch Direktoren des Wiederaufstiegs sein möchten."

Bundeskanzler Buresch über seine Genfer Verhandlungen

Wien, 18. Januar. Die „Wiener Sonn- und Montagszeitung" bringt eine Unterredung ihres Genfer Korrespondenten mit Bundeskanzler Dr. Buresch, der von den Genfer Verhandlungen einen guten Gesamteindruck nach Wien mitgenommen habe und mit Genugtuung darauf hinweise, daß die Tätigkeit der Regierung und des Parlaments volle Anerkennung gefunden haben. Insbesondere sei anerkannt worden, daß der Staatshaushalt balanciere. Die Regierung müsse alles daran setzen, um dieses Gleichgewicht auch zu erhalten.

Auf die Frage des Berichterstatters, ob in Oesterreich ein Moratorium oder ein Transfer-Moratorium geplant sei, erklärte Dr. Buresch, davon könne keine Rede sein.

Das „Wiener Montagsblatt" bringt gleichfalls eine Unterredung seines Genfer Vertreters mit Dr. Buresch, worin es u. a. heißt, daß das Finanzkomitee die vom Bundeskanzler vorgebrachten Wünsche für berechtigt halte. Die Empfehlungen des Finanzausschusses an den Völkerbund würden sich für ein Entgegenkommen der ausländischen Gläubiger einsetzen und auch für die Schaffung einer größeren wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit Oesterreichs eintreten,

Sozialdemokratische Geheimbefehle im Falle eines Putsches

Wien, 18. Januar. Wie das christlich-soziale „Wiener Montagsblatt" erfährt, fand man im Ottakringer Arbeiterheim außer Waffen und Munition in einer eisernen Kassette auch zahlreiche Schriftstücke mit einem bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeiteten Plan für ein bewaffnetes Vorgehen der sozialdemokratischen Parteigruppen im innerpolitischen Ernstfalle sowie Befehle für die Besetzung öffentlicher Gebäude, Verhaftung politischer Gegner, für die Angriffsweise der Sturmabteilungen, die Errichtung von Barrikaden und die Organisierung einer diktatorischen Sicherheitsdienstes usw.

Der österreichische Innenminister kündigt ein neues Entwaffnungsgesetz an

Wien, 18. Januar. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Wiener Morgen" erklärte Innenminister Winkler, er beschäftige sich mit der Ausarbeitung eines Gesetzes, das den Staat als alleinigen Träger der Machtmittel von jedem anderen Einfluß befreien solle. Die Bundesregierung werde die Aktion zur inneren Abrüstung streng unparteiisch durchführen.

Angelsächsische Bemühungen um eine Uebergangslösung der Reparationsfrage

Berlin, 16. Januar. Die dieser Tage in der angelsächsischen Presse erkenntlich gewordene Tendenz, der bereits von den englischen Wirtschaftssachverständigen Keynes und Layton vertretenen Auffassung, daß die Aufgabe der Lausanner Konferenz über die Schaffung einer Uebergangslösung in der Reparationsfrage nicht hinausgehen könne, Boden zu gewinnen, kommt heute wieder in Artikeln der Londoner „Times" und der „New York Times" zum Ausdruck.

So schreiben die „Times": In England sei man sich in der Tat darüber klar geworden, daß eine endgültige Streichung der Reparationszahlungen nicht vernünftig erscheine, so lange noch eine Verpflichtung zur Zahlung von Kriegsschulden bestehe. Wenn sich in Lausanne herausstellen sollte, daß eine Einigung über die grundsätzlichen Fragen gegenwärtig nicht möglich sei, so würde es am besten sein, eine kurze Verlängerung des Reparationsmoratoriums zu beschließen und die feste Zusicherung aller Teilnehmer zu erreichen, daß sie während dieses Jahres wieder zusammenkommen wollten, um eine dauernd Lösung zu finden.

„New York Times" sagt, daß man in amerikanischen Bankkreisen glaube, die Lausanner Konferenz werde sich darauf beschränken müssen, eine kurze vorläufige Regelung zu treffen. Es werde bezweifelt, daß Deutschland die Annahme einer solchen vorläufigen Regelung vermeiden könne. Wenn eine Einigung erzielt worden sei, werde der nächste Schritt der Gläubiger darin bestehen, Hoover zu fragen, was die Vereinigten Staaten nun zu tun gedächten. Man hoffe, daß die Vereinigten Staaten ein dem Reparationsmoratorium entsprechendes Schuldenmoratorium beschließen würden.

Die letzten Telegramme

Die Ueberschwemmung am Mississippi

Swan Lake (Mississippi), 18. Januar. In den Vereinigten Staaten ist es im Ueberschwemmungsgebiet des Mississippi gelungen, 2500 Personen in Sicherheit zu bringen. Viele der Geretteten hatten tagelang auf den Dächern ihrer Häuser im strömenden Regen aushalten müssen. Soweit man zur Zeit übersehen kann, scheinen bei der Ueberschwemmungskatastrophe Menschen nicht ums Leben gekommen zu sein.

Streik in Lodz

Lodz, 18. Januar. In Lodz sind die Straßenbahner gestern in den Ausstand getreten, der sich gegen die Aenderung der bisherigen Arbeitsbedingungen richtet. Auch der Autobusverkehr in Lodz ist von den Streikenden stillgelegt worden.

Die Lage in Spanien

Bilbao, 18. Januar. In der nordspanischen Stadt Bilbao ist der Generalstreik ausgerufen worden, nachdem sich gestern ein schwerer Zusammenstoß zwischen Republikanern und Monarchisten ereignet hatte. Die politischen Gegner waren handgemein geworden nach einer Massenversammlung, die von den Monarchisten einberufen worden war. Bei den Zusammenstößen wurden vier Personen getötet. Sieben Personen, darunter ein Gendarm, wurden verwundet. Die spanischen Behörden haben besondere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen.

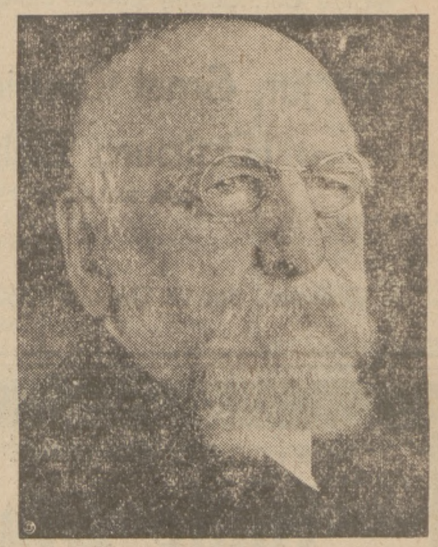
Neue Sowjetsteuern

Moskau, 18. Januar. Die russische Regierung hat neue Steuern ausgeschrieben. Der Ertrag dieser Steuern soll zur Förderung der Bautätigkeit sowie zur Verbesserung der kulturellen Einrichtungen verwendet werden. Die Steuer soll nur für dieses Jahr gelten und in den Städten nach dem Grundsatz der Einkommensteuern, in den Dörfern dagegen nach der Vermögenslage der Bauern und der landwirtschaftlichen Betriebe gestaffelt werden.

Die Witwe Maximilian Hardens gestorben

Berlin, 18. Januar. Die Witwe Maximilian Hardens, Selma Harden, ist heute früh im Westsanatorium gestorben, wo sie gestern abend schwer krank aufgenommen worden war. Man hatte sie in ihrer Wohnung bewußtlos aufgefunden. Allem Anschein nach liegt Selbstmord vor.

Verleihung des Adlerschilds an Geheimrat Sering



Heute am 18. Januar feiert der bekannte deutsche Nationalökonom Prof. Max Sering seinen 75. Geburtstag. Sering ist Direktor des Staatswissenschaftlich-Statistischen Seminars und des Deutschen Forschungsinstituts für Agrar- und Siedlungswesen der Universität Berlin. Sering ist der eigentliche Schöpfer des landwirtschaftlichen Siedlungsgedankens und genießt weit über Deutschlands Grenzen hinaus den Ruf eines besten Kenners der Landwirtschaft. Vor Jahresfrist erregte er in Amerika auf einer Internationalen Landwirtschaftskonferenz mit einer Rede Aufsehen, in der er sich für eine großzügige Reform der Kriegsschuldenzahlungen einsetzte.

Berlin, 18. Januar. Der Herr Reichspräsident hat dem Universitätsprofessor, Geh. Regierungsrat Dr. Max Sering anläßlich der Vollendung seines 75. Lebensjahres den Adlerschild des Reiches verliehen und diese Ehrung mit folgendem Handschreiben begleitet:

„Sehr geehrter Herr Geheimrat!

Zur Vollendung Ihres 75. Lebensjahres spreche ich Ihnen im Namen des Reiches und auch persönlich meine herzlichsten Glückwünsche aus. In langer, unermüdlicher Arbeit als Forscher, Lehrer und Berater und in zahlreichen Schriften von grundlegender Bedeutung haben Sie an führender Stelle der Agrarwissenschaft neue Wege gewiesen. Durch Ihre wertvolle Mitarbeit an wichtigen Maßnahmen und Gesetzen zur Förderung der Landwirtschaft und des Siedlungswesens, als mutiger Vorkämpfer für die Erhaltung, Stärkung und Mehrung bodenständigen deutschen Bauerntums und durch Ihr mannhaftes Eintreten für die unveräußerlichen Lebensrechte des deutschen Volkes haben Sie sich bleibende Verdienste erworben.

Meiner besonderen Anerkennung und dem Danke des deutschen Volkes verleihe ich dadurch Ausdruck, daß ich Ihnen die höchste Ehrung zuerkenne, die das Deutsche Reich zu vergeben hat, den Adlerschild, mit der Widmung:

„Max Sering, dem Führer der Agrarwissenschaft, dem Künder und Förderer deutschen Bauerntums."

Mit den besten Grüßen und Wünschen für Ihr weiteres Wirken und Schaffen im Dienste von Volkstum und Staat bin ich Ihr sehr ergebener

gez. von Hindenburg."

Drei durch Standgerichte zum Tode Verurteilte werden begnadigt

Warschau, 18. Januar. (Eig. Telegr.).

Am Sonnabend wurde vor dem Standgericht in Przemyśl eine zweitägige Verhandlung gegen drei Bauern abgeschlossen, die des gemeinsamen Mordes in einer Erbsache angeklagt waren. Die Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, bei einem ermäßigte jedoch bereits das Gericht die Strafe auf lebenslängliches Zuchthaus. Die beiden anderen wurden vom Staatspräsidenten ebenfalls zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Teile Aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jaensch. Für den übrigen redaktionellen Teil: Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Verlag „Posener Tageblatt". Druck: Concordia Sp. Akc. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

Ihre Vermählung geben bekannt

Dr. jur. Ernst Dietrich Lehfeldt
Walburg Lehfeldt
geb. von Schönberg.

Dresden, den 12. Januar 1932.

Unsere geliebte Mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester und Tante, Frau

Julie Marcus

geb. Caro

ist am Freitag abend im Logenheim Lichterfelde in ihrem 83. Lebensjahre sanft entschlafen.

Berlin, Breslau, Hamburg, Frankfurt a. Main,
den 16. Januar 1932.

Namens der Hinterbliebenen
Martin Marcus u. Frau Martha, geb. Benario
Alfred Marcus u. Frau Bertha, geb. Eschelbacher
Paula Fraenkel, geb. Marcus
Dr. Siegfried Marcus u. Frau Johanna, geb. Eschelbacher
Arthur Marcus u. Frau Erna, geb. Goldschmidt
Dr. Simon Bamberger u. Frau Erna, geb. Marcus
Max Marcus u. Frau Mathilde, geb. Bodenheimer

Der diesjährige grosse

Inventurverkauf

in unserer

Textilwaren-Abteilung

findet in der Zeit vom

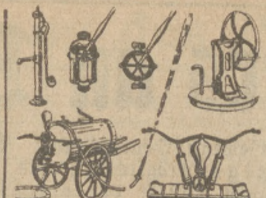
20.—30. Januar d. Js.

statt.

Stark herabgesetzte Preise!
Ausserst günstige Gelegenheitskäufe!

Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft

Spółdz. z ogr. odp.
Poznań, ul. Wjazdowa 3.



Pumpen aller Art
und deren Ersatzteile. Brandspritzen, sowie fahrbare Faßwagen mit angeheftet. Spritze für Garten Chausseeu.and.empfiehlt
Pumpen - Fabrik W. Kraupe,
Leszno (Polen),
vorm. Philipp Hannach Lissa (P.)
(Preisilsten auf Wunchs).

Der gute Ruf des Posener Tageblattes gibt den Ausschlag!

Weil jeder Posener weiß, daß er die meisten „Kleinen Anzeigen" mit gewohnter Regelmäßigkeit i. „Posener Tageblatt" findet, sucht er sie dort, auch wenn er sonst nicht ständiger Tageblattleser ist. Darauf gründet sich auch der große Erfolg der „Kleinen Anzeigen" im „Posener Tageblatt". Urteilen Sie selbst. Genügt da nicht eine Anzeige im „Posener Tageblatt"?



Graue Haare
färbt natürlich die unschädliche Rewax-Haarfarbe, in blond, chatain, braun und schwarz à 6.— zł der Karton zu haben. Grauen Haaren gibt die Naturfarbe wieder Axela-Haarregenerator Fl. 3.— zł.
J. Gadebusch
Drogenhandlg. u. Parfümerie
Poznan, Nowa 7.
Fernspr. 16-38. Gegr. 1869

Klavier
sofort zu kaufen gesucht
Off. m. Preisangabe u.
2411 a. d. Gesch. d. Ztg.

---

10 Weisse Tage

Aussergewöhnliche Preisherabsetzung.

Wir bitten zu prüfen! **Wir bitten, sich zu überzeugen!**

Ware		Preis		Ware		Preis	
Hemdenleinwand	Mtr.	0,68	zł	Küchenhandtücher	Mtr.	0,38	zł
Leinwand Szyrting	„	0,75	„	Küchenhandtücher Ia	„	0.75	„
Leinwand Kreas	„	0,73	„	Weisse Küchenhandtücher mit farbigem Rand	„	0,68	„
Poln. Leinen	„	0,80	„	Frottéhandtücher	„	0,85	„
Leinwand Krosniak	„	0,90	„	Damasthandtücher	„	1,10	„
Leinwand Madapolam	„	1,15	„	Nansuk, beste Qualität 90 cm.		2,10	„
„ Madapolam-Batist	„	1,25	„	Leinen 140 br.	„	1,65	„
„ Silesia	„	1,25	„	Leinen 160 br.	„	1,90	„
Bettbezugleinen kariert	„	0,75	„	Silesia 140 br.	„	2,60	„
Drell zu Unterbetten Ia Qual.	„	4,20	„	Silesia 160 br.	„	2.90	„

Aussortierte Mantel-, Kleider- und Kostümstoffe verkaufen wir zum halben Preise.

Seiden: Crêpe Georgette, Crêpe Meteor, Veloutine, Crêpe Marocain etc. empfehlen wir in grösster Auswahl und sehr billig.

20 Prozent

erteilen wir auf Gardinen, Tischwäsche, Decken u. Plüschdecken.

R. i C. Kaczmarek

Poznań, ul. Nowa 3.

ZOPPOT

Freie Stadt Danzig

Internat. Kasino ✶ Roulette ✶ Baccara
(Staatl. konzessioniert).
Das ganze Jahr geöffnet.
Auskunft: Warszawa, Tel. 8-57-31
und Verkehrsbüro des Kasinos in Zoppot.

Achtung, Landwirte!

Orig. Futterrübensamen Substantia
offeriere bei beschränkten Vorräten, rechtzeitige Vorbestellungen erbeten.
Bleeker-Kohlsaat
Słupia-Wielka, p. Środa.

Für einen älteren, verheirateten **Wirtschaftsbeamten,** 30 Jahre im Fach, fleißig u. zuverläss., suche zum 1. April wegen Einschränkung des hiesig. Betriebes Stellung als Hof-, Feld-, Vorwerks-Beamter. Nähere Auskunft erteilt
Administration Nieluszkowo, p. Chodzież.

Zum 1. April
Wirtschaftsassistent gesucht.
Polnische Sprache Bedingung. Offert. unter 2394 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kiefern- Bau- u. Tischlerholz
gibt freihändig ab die Rittergutsforst **Bronikowo** pow. Śmigiel.

Sie haben große Erfolge
durch ein zugkräftiges Inserat
im „Posener Tageblatt"!

Überschriftswort (fett) ---------- 30 Groschen
jedes weitere Wort ---------- 15 „
Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen 50 „

Kleine Anzeigen

Eine Anzeige höchstens 50 Worte.
Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags.
Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.

Mietsgesuche

4–5 Zimmerwohnung
im Zentrum gesucht, evtl. Tausch einer 4-Zimmerwohnung. Off. u. **2428** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Großfirma
sucht für 2 Herren 3-Zimmerwohnung, mit sämtl. Komfort. Gefl. Offerten u. **2427** a. d. Geschst. d. Zeitg.

Zweizimmerwohnung
sucht kinderloses Ehepaar. Miete voraus. Off. unter **2413** a. d. Geschst. d. Zeitg.

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer
zu vermieten.
Skarkowa 15, Wohnung 9.

Vermiete ein oder zwei **möblierte Zimmer** für Eheleute od. Herrn sofort Strzelecka 20, Wohn. 12.

Schönes
möbl. Zimmer für 1 bis 2 berufstätige Damen, evtl. mit voller Verpflegung per sofort oder 1. Febr. preiswert zu vermieten. Besichtigung 1—3 u. 6—7. Przecznica 2, Wohnung 2.

Gut möbliertes
Zimmer zu vermieten.
Wolnica 3, Hochpart. 1., Wohnung 3.

An- u. Verkäufe

Strümpfe
zu noch nie dagewesenen Preisen
1.25
kosten
Macco-Strümpfe
2.50
waschseidene Strümpfe
2.65
Macco mit Seide
Dom Trykotaży
Masztalarska 6,
vis à vis der Kirche. Bitte genau auf die Firma zu achten.

4,75 złoty
Weiße Schürze mit Aermel.



Weiße Kleiderschürze für Damen v. 5,90. Schwarze Kleiderschürze von 7,90. Weißer Berufsmantel für Herren von 5,90. Berufskittel farbig, für Herren v. 8,90. Fleischer- und Konditor-Jacken weiß, von 4,90. Berufswäsche weiß u. farbig in allen Größen und sehr großer Auswahl zu erniedrigten Preisen empfiehlt
Wäsche-Fabrik
J. Schubert
nur Poznań,
ul. Wrocławska 3.

Hochherrschaftliches Eßzimmer
24 Personen, massiv Eiche, mehrere Teppiche, Sofas, Klubsessel, Stand- u. Wanduhren, Schreibtische, Schränke, verschiedene andere Sachen verkauft gelegentlich billig Auktions-Lokal Wronieckа 4.

Verkaufe
zur Blutauffrischung Ia rebhuhnf. Italienerhähne 8 zł p. Stück gegen Nachnahme.
H. Herkner, Leszno Wlkp., Kościańska 3.

Schreibmaschinen
liefert mit Garantie erstklassige neue von zł 690.— und gebrauchte von zł 95.—.
Skóra i Ska., Poznań, Al. Marcinkowskiego 23.

Stellengesuche

Besseres Alleinmädchen
sucht von sofort Stellung. Gute Zeugnisse. Off. unter **2425** a. d. Geschst. d. Ztg.

Weißnäherin
perfekt, empfiehlt sich in u. außer dem Hause. Auch aufs Land. Off. u. **2415** a. d. Geschst. d. Ztg.

Wirtschaftsinspekt.
30 Jahre alt, mit 12jähr. Praxis, sucht Stellung. Off. u. **2377** a. d. Geschst. d. Ztg.

Wirtschaftsinspekt.
10 Jahre Praxis, mit guten Zeugnissen von bestbekannten oberschl. Gütern sucht Stellung bald oder später. Off. bitte einsenden u. **2408** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Möblierte Zimmer

vermieten Sie schnell u. billig durch die „KLEIN-ANZEIGEN"
im Posener Tageblatt.

Landwirtschaft
142 Morgen, gute Gebäude, ist mit totem und lebendem Inventar sofort verkäuflich. Offerten unter **2420** an die Geschäftsst. dieser Zeitung.

Schweizer
sucht Stellung v. 1. 4. 1932, gute Zeugnisse vorhanden. Offerten unter **2374** an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Suche
für Kindergärtnerin II. Kl., evangel., 30 Jahre alt, mit Nähkenntnissen Stellung. Frau Lotte Grams, Bialachowko, Zblewo.

Aerztl. geprüfte Masseuse
Krankenschwester
empfiehlt sich für medizin. u. kosmetische Massage in und außer dem Hause. Młyńska 2, Wohnung 12. Telefon 5409.

Oberschweizer
sucht zum 1. April 1932 eine dauernde Stellung bei einem größeren Viehbestande, 25 Jahre im Fach, in jeder Beziehung erfahren, sehr gute Zeugnisse. Vorstellung zu jeder Zeit.
Loda, Oberschweizer, Sady, p. Swadzim, Poznań.

Wirtschaftsbeam.,
30 Jahre, unbestraft, sucht Stellung als Beamter, Aufseher oder Arbeiter, ist bereit, jede Arbeit anzugreifen, hat 6 Klassen Gymnasium, landwirtsch. Schule u. 8 J. prakt. Dienst. E. Olschenka, Rawicz, Paderewskiego 25.

Offene Stellen

Bedienungsfrau
für die Vormittagsstunden gesucht. Kochanowskiego 24, Wohnung 6.

Unterricht

Englische Stunden
erteilt P. Knedler, św. Marcin 18, W. 5.

Dame
erteilt Bridgeunterricht, zu erfragen Hilfsverband Deutscher Frauen Wały Wazów.

Heirat

Junger Mann von 25 bis 30 Jahren findet Gelegenheit zur
Einheirat
in eine Wirtschaft von 30 Morgen. Off. u. **2417** an die Geschst. d. Ztg.

Geldmarkt

Auf Bäckerei-Grundstück mit 18 Mrg. Land (Rentengut) Darlehen von
10 000 Złoty
auf 1. Hypothek gesucht. Gebäude-Feuerversicherung 24 000 zł. Off. unter **2424** an die Geschäftsst. d. Zeitg.